Nr. 86

18. Januar 1990

INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

JETZT GEHT'S ANS EINGEMACHTE!

Einige haben sich über das Titelblatt in der letzten Woche geärgert.
Schon gut, schon gut - wir wollen niemals mehr daran zweifeln, daß ihr die INTERIM kauft, weil ihr sie echt lesen wollt!
Kann aber sein, daß ihr diese Woche wieder nix besonders überzeugendes in diesem Heft findet. So ist die Lage leider.
Die eingemachte Patriarchats-Diskussion (rz, ff.) wird in einem 12-seitigen Männerbeitrag hochgeholt und aufbereitet, leider nicht bis zur Anschlagsrelevanz.
Auch die Molotow-Diskussion, bzw. Knipselkrant, CCC, radikal brechen, usw., dachten wir, wäre nach der Erwiderung von letzter Woche endgültig reif für die Ablage. Aber nein, zwei weitere wütende Papiere setzen die Schlammschlacht fort. Die ursprüngliche Substanz des Streits ließe sich für Nicht-eingeweihte nur noch durch aufwendige Archiv-Arbeit rekonstruieren.
Auf jeden Fall wird entlarvt: "radikal brechen" wird nicht, wie laut Sprachanalyse vermutet, von Bullen gemacht, sondern "nach unseren Erkenntnissen (Bullenjargon! die Red.) von einer sektiererischen K-Gruppe" (infoladen anschlag, Bielefeld) und die Gegenseite: "Für uns scheint es nämlich so, als bestünde von bestimmter Seite her ein Interesse, bestimmte Diskussionen, die sich um eine inhaltliche und organisatorische Neubestimmung der revolutionären Bewegung in Westeuropa drehen, zu boykottieren" (Kämpfendes Kollektiv für den Kommunismus)
Aha, dachten wirs uns doch!
Jetzt fehlt eigentlich nur noch ein Beitrag zum Thema, wie wir denn überhaupt miteinander umgehen!
Diese Frage wird, wenn auch in anderem Zusammenhang, aber mühelos übertragbar, von der "autonomen Opposition" in ihrem Beitrag "was wir wollen" gestellt: "Wir wollen, daß die Taktik unserer Tageskämpfe und Kampagnen der Kampfkraft der Bevölkerung und der Kampflage sorgfältig angepaßt wird..." Da haben wir allerdings Bedenken, denn: "Wir wollen keinen solchen Zusammenbruch unserer Bewegung" - Eben!

Die AL-Kreuzberg hat nach reichlichen Kreuztritten durch Brigitte Fehrle und andere tazlerInnen den MitbenutzerInnen ihrer Büroräume ein Auszugsultimatum gestellt: bis zum 1.März! 6 Wochen Zeit noch mal für die taz, durch verschärfte Hetze dafür zu sorgen, daß sich AL und UntermieterInnen nicht doch noch so arrangieren.

Zur Art, wie wir die Informationen aus der DDR in diesem Heft und auch in Zukunft präsentieren, hatten wir eine Meinungsverschiedenheit. Gehören die Beiträge nicht eher thematisch zusammen, also Hausbesetzungen zu Hausbesetzungen, Repression zu Repression, egal, ob jetzt Ost oder West?
Die eine Position: ja, denn wir interessieren uns weder für Staaten noch für Grenzen, wir suchen, wie sich die Kämpfe diesseits und jenseits der Mauer und anderer Grenzen aufeinander beziehen (lassen), was sie verbindet, was wir voneinander lernen können, usw. Die andere Position: Nein, denn in der aktuellen Situation muß auch von unserer Seite die strikte Zweistaatlichkeit betont und aufrechterhalten werden. Das entspricht der realen politischen Situation, wo gegen den neuen Nationalismus gekämpft werden muß. Das können wir nicht einfach ignorieren. Deshalb DDR thematisch weiter ein Block im Heft.
Vielleicht schreibt ihr mal eure Meinung zu dem Konflikt.

INHALT

ORDNER: Michel, armes Schwein, Reflexionen zur deutschen Lage

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Und noch eine Kritik am letzten rz-Papier (Interim 82) - und dessen Kritiken (Interim 84). Und zwar eine Kritik von, an und für Männer:

"NOT AM MANN" ?

"Oh je, das fehlte ja noch, die Patriarchats-Schiene" werden einige jetzt vielleicht denken und gleich genervt weiterblättern ("ist ja doch immer nur dasselbe"). Andere hoffen vielleicht auf die antipatriarchale Ergänzung des rz-Papiers, die sich wie ein Puzzle-Teil hinzufügen läßt und endlich, endlich das Papier zum Auswendiglernen hervorbringt.

Dem ist nicht so. Hier soll im ersten Teil aber versucht werden, zu verdeutlichen, daß es keine revolutionäre Analyse geben kann, die erst den antikapitalistischen etc. Teil liefert und dann als Ergänzung irgendwann einmal die antipatriarchalen "Lücken" füllen will. Eine Analyse, die antipatriarchale Perspektiven als integralen Bestandteil nicht enthält, ist eine falsche Analyse. Das übliche "Gegenargument" hierzu von Männern ist, daß wir dann ja auf absehbare Zeit nichts mehr veröffentlichen könnten, weil wir ja "noch nicht soweit sind". - Und wenn es so wäre?

Im zweiten Teil geht es darum, einige der Themen anzureißen, die meiner Meinung nach für Männer mit antipatriarchalen Zielen wichtig sind. Es geht darum, die Inhalte, die wir als "linke" propagieren, als patriarchale zu hinterfragen. Der Text steht nicht in direktem Zusammenhang zum rz-Papier und ist auch schon ein halbes Jahr alt. Er wurde bisher nur "intern" weitergegeben aus Unsicherheit, ob er weiterführend ist. Wir hoffen deshalb auf Reaktionen. Aber zunächst:

A) zum rz-Text

Auf der 7. Seite des Textes steht als Begründung dafür, daß "so viele Gruppen und Beziehungen immer wieder auseinanderfliegen: weil die in diese gesteckten Ansprüche und Bedürfnisse nicht mit den nach außen postulierten Ansprüchen übereinstimmen. Viele laufen dabei Gefahr, nur Objekt zur Befriedigung anderer zu werden". Die rz empfielt dagegen die "kollektive Befriedigung der eigenen Bedürfnisse unter Berücksichtigung der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse anzugehen". So weit so falsch. Richtiger wäre die Beschreibung, wenn benannt würde, daß die "vielen" Objekte "anderer" meist die Frauen als Objekte männlicher Bedürfnisse sind: Sie sollen den Männerdialogen zuhören, die Texte lesen, ergänzen, das Gruppenklima verbessern usw. usf. - all das, was Männer so oft nicht können wollen. Und größtes Hindernis für kollektive Prozesse sind nicht allgemein die "gegebenen (?) gesellschaftlichen" sondern die konkret von Männern immer wieder durchgesetzten patriarchalen Verhältnisse in den Gruppen, in der Szene. Woran zerbrechen denn die meisten "linken" Projekte? An der Repression? Sie werden doch vielmehr zu Recht durch den Widerstand von Frauen gegen ihre Instrumentalisierung für "linke" Männer-Ideale zu Fall gebracht.

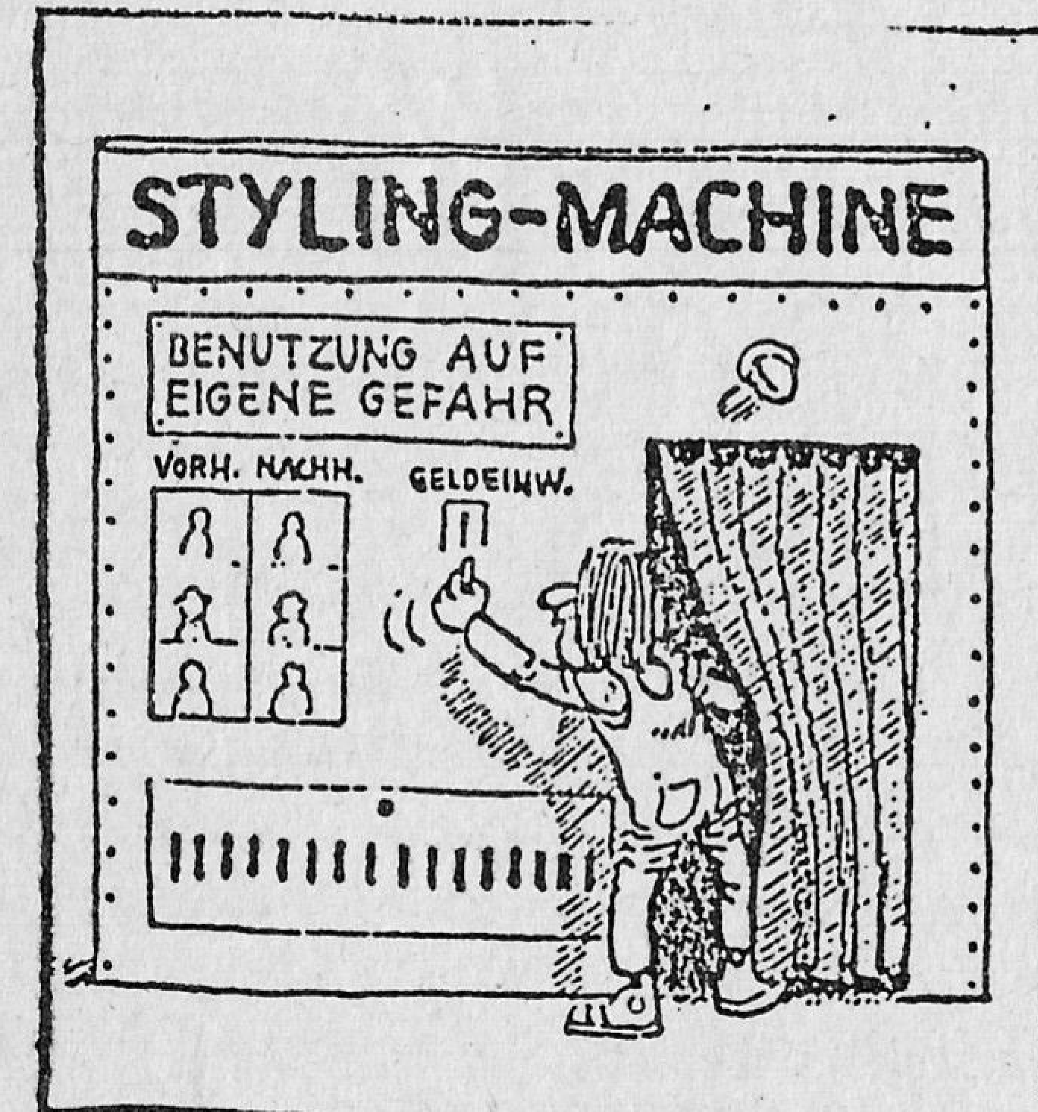
Diese geschlechtsneutrale Verschleierung patriarchaler Konflikte ist kein Ausrutscher, sondern zieht sich durch den gesamten rz-Text.Direkt am Anfang werden sogar noch "Mackerstrukturen" als Kennzeichen linker Politik (was ist dann links?) bemängelt, die Auseinandersetzung damit aber gleich im nächsten Satz damit umgangen, daß dies ja nur "Symptom" sei - wovon? Symptom des Postfordismus weil ja auch Ford ein Mann war?

Weiterhin wird von der rz bemängelt, daß es kaum noch Foren der Linken gebe, in denen kontinuierliche Diskussion laufe, und als Grund die erfolgreiche Kriminalisierung angegeben. Mir fehlt der Überblick, ob es wirklich weniger radikale Zeitungen gibt, als vor ein paar Jahren. Ich habe manchmal eher den umgekehrten Verdacht, daß es keine Diskussion der vielen Papiere, Broschüren etc. gibt, weil alle mit dem Lesen bereits ausgelastet sind. Ohne die Kriminalisierung verharmlosen zu wollen erscheint mir aber wichtiger, daß kontinuierliche Diskussion nur in Zusammenhängen und Arbeitsgruppen möglich ist. Und woran zerbrechen diese in den meisten Fällen? Wiederum:

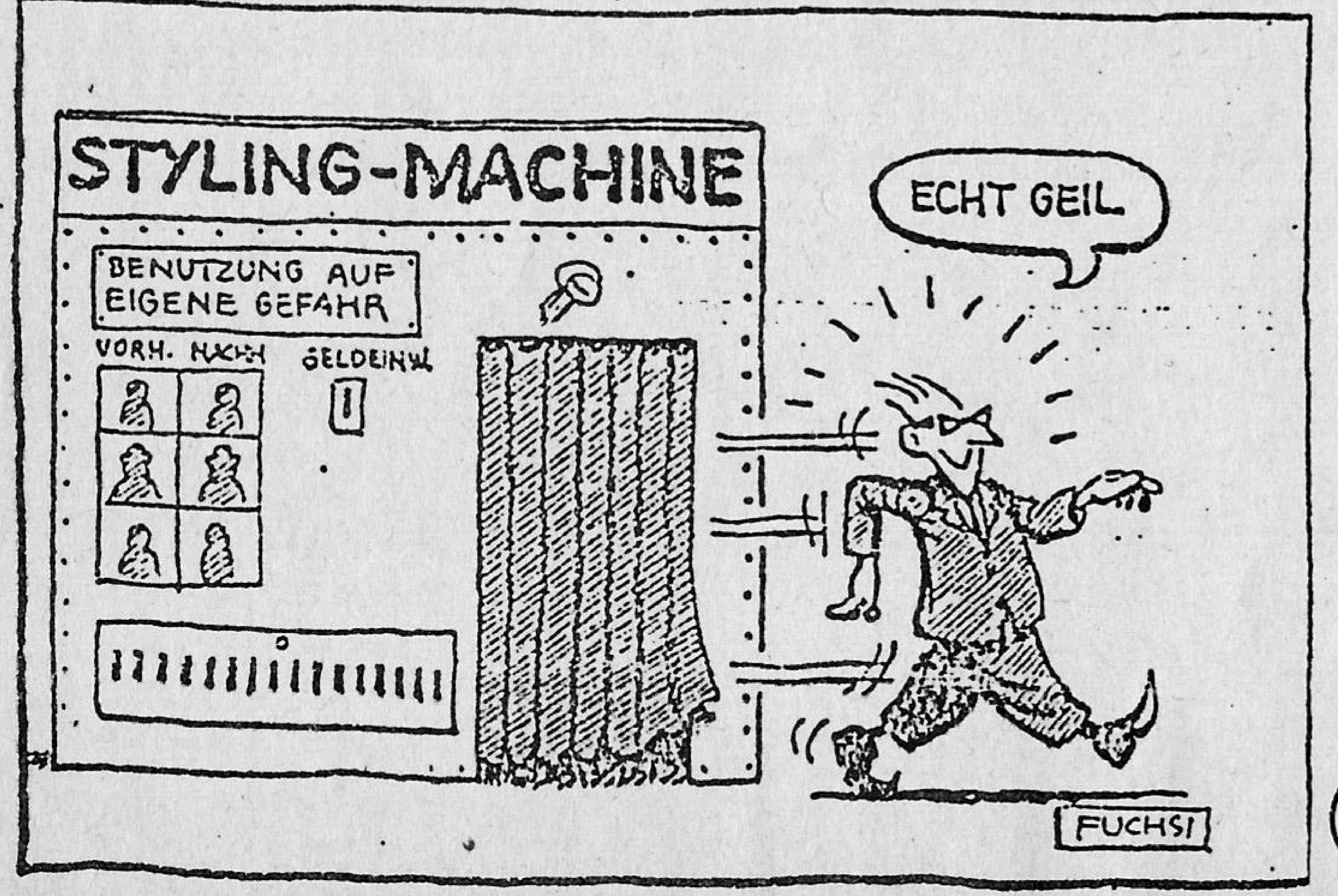
T.K.

Nicht nur, aber vor allem am Diskussionsverhalten von uns Männern oder an der uns Männer privilegierenden Rollenverteilung - mal ehrlich: Wer erklärt sich in Gruppen meist "zuständig" für die Connections zu anderen, wer geht auf VVs und Kongresse und baut sich so zum Ansprechpartner auf? Oder zum gleichen Thema die Frage andersherum: Wieviele der Diskussionspapiere in den "radikalen" Blättern stammen von Frauen? Haben Frauen eigentlich Anteil an oder Zugang zu linksradikaler (Gegen-)Öffentlichkeit?

Die Analyse unserer ideologischen Defensive durch den Wechsel zur Yuppie-Kultur und die Zerbröselung des Ostblocks schweigt sich über die Ursachen dafür, daß dieser Wechsel so stattfinden konnte, aus. Dabei muß die von der rz richtig festgestellte Tatsache, daß diese Yuppie-Ideologie an vielen Stellen an die vorherige mehr von der Linken beeinflußte Kultur anknüpfen konnte, Anlaß zu intensiver Selbstkritik sein. Dreht die Yuppie-Ideologie "linke" Ideale wirklich völlig um? Woher kommt dann die Faszination für sie in weiten Teilen auch der Linken? Mensch sehe sich nur die Klamotten an die auch bei uns "in" sind oder die "zeitgemäße" Abgrenzung zur "Latzhosen-Kultur". Ist "Autonomie" nicht auch bei uns "Ausdruck von Individualisierung und Konkurrenz", wird sie nicht oft mit "Selbstbestimmung" übersetzt und mit "Selbst" ist das eigene Ego statt der solidarischen Gruppe gemeint? Und auf den hier wichtigen Punkt gebracht: kann man(n) wie die rz davon reden, daß es vor der Yuppie-Kultur "Solidarität" als Bestandteil linker Kultur gab, angesichts der Frauen (und Männer, die keinen Bock auf Konkurrenzkampf haben) ausgrenzenden Szene-Hierarchien?







Auf der 7.Seite des Textes behauptet die rz sogar, daß die Tendenz zur Individualisierung ausgerechnet die "Ausnahme, patriarchale Strukturen und Verhaltensweisen zu benennen (und zu verändern)" gehabt habe. Es stimmt, daß durch den Protest und Widerstand von Frauen oft Auseinandersetzungen über Typen-Verhalten in Gruppen erzwungen wurden. Meiner Erfahrung nach wird von uns Typen aber meist versucht, entweder möglichst weit weg zu abstrahieren oder zu personalisieren, aber genau das nicht, was die rz sieht: der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher und individueller Ebene herausgearbeitet (geschweige denn verändert).Ein Beispiel dafür ist der rz-Text selbst: es tauchen die Begriffe auf "Mackerstrukturen" (S.1) und "patriarchale Strukturen und Verhaltensweisen" (S.7), aber trotz der insgesamt 10 Seiten Gesamtanalyse über Linke und BRD im Postfordismus kein Wort zur Frauenbewegung, noch nicht einmal zur roten zora. Und wieviele der von der rz "neu" gelesenen Artikel und Bücher befassen sich mit Patriarchat oder stammen von Autorinnen (mit kleinem i)? Letztes Beispiel: Bei der Rechtfertigung der Strategie der klandestinen Militanz (S.7 "erstens") wird klar unterschieden zwischen dem in Szene-Sprache eindeutig höher bewerteten "Kampf" (nach außen) und dem "Ordnen" "innerer Verhältnisse", dem "Lösen" von "Problemen". Ist die Unterstellung zu gewagt, daß Patriarchat hier wohl zur zweiten Gruppe gezählt und zum internen Problem verniedlicht wird?

Was bedeutet dies alles jetzt meiner Meinung nach? Es bedeutet nicht, daß wir Männer alles stehen und liegen lassen sollen und in privatisierten Männercliquen mit Selbstanklagen Therapieversuche starten - ein gängiges Klischee, mit dem oft die Auseinandersetzung mit Patriarchat

von Männern lächerlich gemacht wird, um sie so beiseite zu schieben. Es bedeutet auch nicht, ab sofort alle Praxis oder Militanz bleiben zu lassen und erst jahrelang Theorie-Debatten zu führen - auch so ein Klischee mit gleicher Funktion. Militanz ist nicht gleich Mackertum, allerdings sind militante Aktionen oft konsequente Verlängerung der patriarchalen Szene-Strukturen, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die rz schreibt, Militanz sei auch Selbstbefreiung. Nicht falsch, aber umfaßt die "Selbst"befreiung des Streetfighters auch die Befreiung der Frauen von der permanenten Gewaltdrohung durch Männer in allen Lebensbereichen? Gab es etwa nicht den Mann, der am letzten 1.Mai nach dem Bullen-Pogo seufzte "und jetzt noch 'ne Frau..."? - Die zweifellos vorhandenen patriarchalen Seiten derzeit praktizierter Militanz lassen sich im übrigen nicht dadurch aufwiegen, daß Männer künftig vermehrt Sex-Shops einschmeißen. So eine Aktion, von Männern durchgeführt, ist wenn überhaupt nur sinnvoll, wenn sie Bestandteil eines Prozesses ist, in dem sich die Männer mit ihrer eigenen Sexualität, ihren (Gewalt-)Phantasien, Ausziehblicken etc auseinandersetzen. - Und noch eine Frage an die rzzu ihrer Strategie: wie will sie verhindern, daß die "selbständige, um ihre sozialen Interessen kämpfende Bewegung", an deren Seite sie sich stellen will, genau wie alle anderen "Bewegungen" (außer "der" Frauenbewegung) die Frauen für die Ziele der Männer instrumentalisiert?

Ich will hier nicht gegen die rz mit erhobenem Zeigefinger moralisieren, die Fragen sind immer auch Fragen, die mir wie allen Männern gelten. Worauf ich hinaus will, ist kurz gesagt: Selbstkritik ist notwendiger Bestandteil aller Kritik und jeder Analyse. Die "Radikale Linke" kritisiert in ihrem Papier alles, nur nicht sich selbst und ihre eigene Geschichte. Die antiimperialistische Linke kritisiert die Durchdringung Osteuropas durch Westkapital, aber nicht die eigene langjährige Idealisierung der "realsozialistischen" Staaten, die rz kritisiert die "kapitalistische Normalität" und die Yuppie-Kultur, aber nicht die patriarchale Normalität und die Szene-Kultur. Und hier in Westberlin glauben viele ausgerechnet in einer Situation der eigenen Schwäche, unsere Ratschläge seien für die DDR-Linke unverzichtbar. Anstatt sich zu fragen, wo die Gründe für unsere Schwäche liegen, denn genau bei dieser Frage muß es nicht allein, aber zentral um patriarchale Strukturen des "Systems" und bei uns gehen.

Noch zwei kurze Anmerkungen zu den Kritiken am rz-Papier (Interim 84). Keine von beiden thematisiert die fehlende Patriarchats-Ebene. Die erste Kritik vergleicht sogar mit einem älteren rz-Papier, das sich an einer Antwort auf die Frage "Was ist das Patriarchat?" versucht hatte (Interim 42), und tut es als "nicht ansprechend" ab. Das Papier ist sicher zu kritisieren (siehe Interim 80 und unten Teil B), aber allein sein Untertitel "das Verschwinden aller Frauen" trifft ins Herz der Männer-Szene-Strukturen: Frauen werden aus "linken" Strategiedebatten, aus der Widerstandsgeschichte, der Geschichte der eigenen Fehler und Erfolge wegretuschiert (beim Staat heißt so etwas Zensur). - Das zweite Papier schlägt ohne zu zögern "Klassenkrieg 90" als "gemeinsames" Kampagnenmotto vor. Sollen die Frauen zu Hause bleiben? Oder mitmarschieren, damit sie auch was "mitkriegen"? Im letzten Satz schaffen die Autoren/innen (?) noch den Sprung zum derzeitigen verbalen Standard: die Kampagne müsse "sich antipatriarchaler Kritik stellen", außerdem solle "die" Diskussion (woher die wohl kommen mag?) zeigen, wie der "praktische" Einbezug des antipatriarchalen Kampfes "konkret" aussehen soll. Alles klar? Diese Widersprüchlichkeiten wären ja nicht weiter außergewöhnlich schlimm, wenn die theoretische und praktische Schwäche der linken Männer wenigstens benannt und nicht mit Parolensprache zugekleistert werden würden. Diese Schwächen müssen von Männern vorrangig angegangen werden, statt die alten Konzepte ("Klasse" als patriarchaler Mythos) durchzuziehen und Änderungen auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben ("kann nur die Diskussion zeigen").

So, nun folgt Teil B. Das Papier ist kein lange ausdiskutierter Gruppenkonsens sondern eher ein Schnappschuß einer Diskussionsphase. Außerdem, wie gesagt, schon etwas älter, dafür aber mit modischem Titel:

DIE LINKEN MÄNNER-MYTHEN KNACKEN !

"Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" - 200 Jahre nach dem "offiziellen" Beginn der französischen Revolution ist Kritik an diesen Idealen nicht besonders schwer, zumindest in der Version, die herrschenden Interpretationen als "bürgerliche" zu entlarven. Mit "Freiheit" war demnach nur die Freiheit der Kapitalisten, der Bourgeoisie gemeint. Mit "Gleichheit" nur die formale des bürgerlichen Rechts, und "Brüderlichkeit" war Ideologie der bürgerlichen "Volksgemeinschaft" im kapitalistischen Staat : Nach "innen" herrschte Staatsterror gegen alle "Feinde des Volkes". Nach "außen" bedeutete "Brüderlichkeit" schon damals "Frontkameradschaft", um über Eroberungen und Beutefeldzüge den inneren Klassenfrieden herzustellen und so den Übergang von der bürgerlichen zur sozialen Revolution zu verhindern.
So weit so ... die übliche "linke" Kritik - die "linken" Folgerungen sind klar: Freiheit? JA, ABER nicht für das Kapital, sondern "für alle". Gleichheit? JA, ABER nicht des Geldes , sondern "aller" Menschen, mit Aufhebung aller (Klassen)Unterschiede.


»Da vorne beginnt dann die klassenlose Gesellschaft«, erklärt Schorsch ███, der designierte Proletendiktator in Spe (Belgien) den Revolutionsablauf.

Und "Brüderlichkeit"? Hier unterbricht der linke Mann seine "ja, aber"- Argumentation. Allzu offensichtlich ist der Ausschluß der Frauen, und dies offen auszusprechen, kann sich heute kein linker Mann mehr leisten. Die Argumentation wird also variiert: Brüderlichkeit wird als "Ausrutscher" mit der histo-

rischen Situation entschuldigt, mann wisse ja, daß "auch die Frauen" "viel für die Revolution" getan hätten. "Gleichheit" und "Freiheit" müßten selbstverständlich auch für Frauen gelten, und statt "Brüderlichkeit" heißt es heute wunderbar geschlechtsneutral "Hoch die internationale Solidarität".
(Eine Diskussion um den patriarchalen Charakter von nationalen Befreiungsbewegungen steht noch aus.)
Kaum von feministischer Forschung auf Widersprüche im eigenen Weltbild aufmerksam gemacht, und schwupp: wird historisiert, relativiert, neudefiniert, solange, bis wieder alles beim alten bleiben kann. Der Effekt ist klar: gegen Frauen, die trotz dieser linksgewendeten, geschlechtsneutral aufgefüllten und mit zerlaufener Selbstkritik überbackenen Ideale nichts von der "gemeinsamen Front gegen das System" wissen wollen, empört sich männliche Unverständnis, die in massiven Spaltungsvorwürfen endet.

In diesem gegenüber Frauen repressiv-toleranten Weltbild linker Ideale hat es nun bei uns - dieser Text entstand nach Diskussionen in einer Gruppe "linker" Männer (alle Heteros) - einen Bruch gegeben - ausgelöst durch die zwei Texte "Was ist das Patriarchat?" von den rz (Interim 42) und v.a. "Vom Mythos der Unabhängigkeit" (Interim 59).
Die rz knacken den Mythos der "Gleichheit": Er leugne die reale Ungleichheit der Geschlechter: "Frauen produzieren die Gattung", leisten somit "Gesellschaftsarbeit" als "existenzielle Mehrarbeit", die von Männern unterschlagen, entwertet und ausgebeutet wird, womit gleichzeitig die Grundlage aller weiteren Ausbeutung der Frauen im Patriarchat gelegt wird. "Gleichheit" ist so kein Begriff, der das Ende der Frauenausbeutung enthält, vielmehr eine "linke männliche Herrschaftsidylle", und sogar eine "Drohung" gegenüber allen Frauen.
Die Autorin vom "Mythos der Unabhängigkeit" schließt sich der Kritik des "Gleichheits"-Ideals durch die rz an, kritisiert allerdings die Art der Argumentation: Durch die Beibehaltung der Aufspaltung von Frauentätigkeiten in verschiedene "Arbeiten" ("Gesellschaftsarbeit", "Gattungsproduktion", "Körperarbeit", sinngemäß hinzuzufügen wäre als Kritik: das Messen der Arbeiten in herkömmlichen quantitativen Kategorien wie "Mehrarbeit", "unendliche Arbeitsleistungen", "Überschuß an Körperökonomie") werde die "linke Zerstückelung der Frauen" in "Kopf und Bauch" fortgeführt. Der Versuch, die verschiedenen Möglichkeiten des

Frau-SEINS in Varianten von ausgebeuteter Arbeit zu definieren, sei der Versuch, patriarchale linke (marxistische) Theorie in deren patriarchalen Kategorien zu ergänzen. Er breche aber weder mit der Zerstückelung von Frauen-Identität, noch mit dem Setzen des Mannes (und seiner Arbeit) als"Maß aller Dinge", noch mit der patriarchalen Rollenzuweisung der Frau als "Opfer" (ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse).
Außerdem würden auf diese Argumentation andere patriarchale Mythen wie "Unabhängigkeit" (sinngemäß auch "Freiheit", vielleicht auch "Autonomie"?) aufrechterhalten. Denn erst die Trennung von "Frau" und "ihrer Arbeit"mache es möglich, "Unabhängigkeit"(von ausbeuterischer Arbeit etc.) auch für Frauen als uneingeschränktes Ideal zu propagieren. Diese Trennung sei aber reine patriarchale Ideologie, was z.B. beim Gebären deutlich werde: eine Trennung in "Kopf und Bauch" werde der Frau in ihrer Identität als aktiv selbstbewußt HANDELNDE (also z.B. Kinder auch gewollt bekommende) nicht gerecht.
"Unabhängigkeit" als Ideal für Frauen sei also Produkt patriarchaler Ideologie, die die reale Abhängigkeit allen Seins von anderem Sein, konkret z.B. des Mannes von der ihn gebärenden Frau, leugnet und so erst den "historischen Mann" schafft, der zum Zwecke seiner Unabhängigkeit andere Völker/Klassen /Rassen und darin immer wieder die Frauen ausbeutet. (Falls er daran gehindert wird, führt er logischerweise "Unabhängigkeitskriege"?) "Unabhängigkeit" ist so immer nur möglich durch die Entwertung und Ausbeutung der Tätigkeiten/Arbeiten anderer, der Frauen.

Soweit die zum besseren Verständnis des folgenden kurz wiedergegebenen Aussagen der zwei Texte - am besten nochmal ganz lesen. Im folgenden sollen einige Punkte unserer Diskussionen aufgezeigt werden, Zweck des ganzen ist, Männer dazu anzuregen, Konsequenzen dieser Aussagen weiterzudenken und praktisch umzusetzen. Es folgt keine geschlossene Aussage, sondern ein Puzzle einiger zentraler Begriffe, welches es zu ergänzen gilt:

Arbeit

Die Kritik des "herrschenden" Arbeitsbegriffs scheint wieder relativ leicht: "Arbeit", in "Arbeitsleistung" gemessen, ist offiziell eindeutig positiv bewertet: Wer viel "arbeitet", ist akzeptiert, hat "sich Mühe gegeben", darf dann auch "Ungerechtigkeiten" kritisieren - dem/der "Faulen" ist Kritik ver-

boten. Der Heldentod des modernen Mannes ist so nicht mehr das Messer in der Brust sondern: der Herzinfarkt. Wer andersherum "arbeitslos" ist, dem/der fehlt etwas wie in einem Krankheitsfall. Und die Frau? Sie darf zwar viel "leisten" (in Haus und Hof), aber die Grundlage dieser Leistung verschwindet: Frauen "arbeiten" im allgemeinen nicht, nur "ausnahmsweise als Nebenverdienst" - so die Ideologie! Ihre Tätigkeiten werden ihrer "Natur" einverleibt. Diese hier nur angerissenen herrschende Ideologie ist klar erkennbar eine patriarchale.

Uns geht es hier in Anlehnung an das "Mythos"-Papier v.a. um eine Kritik der Art und Weise, wie die Kritik in letzter Zeit von linken Männern integriert wird: Es wird festgestellt, daß die Frauen tatsächlich "ganz viel" arbeiten, sogar von "Mehrarbeit" ist die Rede, die "nicht gerecht entlohnt" wird - und schon kann weiter auf die alten Feinde geschimpft werden: die Kapitalisten. Sie beuten nicht nur "Arbeiter" sondern sogar noch viel mehr "deren" (!) Frauen - da hilft nur noch: eine Front gegen das Kapital! Keine Sekunde lang wird darüber nachgedacht, wer eigentlich Profiteur dieser "Frauenarbeit" ist, werkonkret Ausbeuterprivilegien nutzt. Daß die Arbeit der Frauen auf "ihre" Männer bezogen ist, wird zwar zugegeben, aber nur als besondere Gemeinheit "des Systems" verstanden: das Kapital zerstört sogar die "zwischenmenschlichen" Beziehungen, Liebe werde so zur "Ware" im Markt, nicht: zur mit Gewalt abgepreßter Zwangsleistung an Männer.
So wird auch der Mann zum "Opfer", die gemeinsame Front im Kampf um "Gleichheit" und "Unabhängigkeit" ist wieder möglich - und "linke" Theorie ist gerettet, sogar "um den Frauen-Aspekt bereichert"(!).
Die hemmungslose Ausweitung des"Arbeits"-Begriffs durch Männer bleibt also patriarchal, wenn "Beziehungsarbeit", "Gebärarbeit", "Erziehungsarbeit", allgemein "Reproduktionsarbeit" nur als Ausbeutungsformen "des Systems" thematisiert werden, und nicht in Bezug zu jedem einzelnen Mann und seiner priveligierten Position auf der patriarchalen Stufenleiter.

Hier muß noch auf eine andere Variante patriarchaler Ideologie eingegangen werden: "Biologismus". Für uns ist eine Argumentation biologistisch, wenn biologische Unterschiede (z.B. Geschlecht, Gebärfähigkeit) in den Mittelpunkt gerückt werden, um dann so Machtverhältnisse (Patriarchat) als "natürliche" zu legitimieren. Gerade der oft hergestellte Zusammenhang zwischen biologischer Gebärfähigkeit der Frauen und ihrer

"natürlichen" Begabung/Pflicht zur Kindererziehung (und allen "Sozialberufen") ist eine biologistische Verschleierung patriarchaler Arbeits(zu)teilung.
Die gängige linke patriarchale Ideologie abstrahiert aber gerade von den biologischen Unterschieden zwischen Frauen und Männern. . Sie leugnet diese Unterschiede um auf dieser Basis sowohl reale Ausbeutung als auch ihre Ideale von "Gleichheit" etc aufrechtzuerhalten.
Es muß also um eine Benennung der Unterschiede, der Ungleichheiten gehen, ohne aus ihnen unterschiedliche Machtpositionen abzuleiten. Ohne Einbeziehung der Ungleichheiten muß das Ideal "Gleichheit", von (linken)Männern propagiert, für Frauen tatsächlich eine Drohung bleiben.



"Unabhängigkeit"/"Freiheit" (* zu den diesbezüglichen ♂-Rollen siehe Ergänzung am Schluß)

Diese beiden Ideale - und in ihrem Sinn wird in der Szene ja meist auch "Autonomie" gebraucht - als patriarchale angegriffen zu sehen, hat bei uns einige Verunsicherung ausgelöst.

Hier soll es aber nicht abstrakt um ImpKap/Pat gehen, wir haben versucht, "Unabhängigkeit" bei einer "ganz banalen (Hetero)Alltagsfrage" zu diskutieren: der 2erKiste und der "Kinder-Frage":

Nach unsererErfahrung ist aus Sicht von Hetero-Männern nichts so verpönt wie eine "abhängige 2er Beziehung". Vermeintliche "Unabhängigkeit" in Form von mehreren 2erBeziehungen ("echte" 3er, d.h.Dreiecksbeziehungen sind wohl eher selten) als Risikostreuung sind durchaus häufig (angestrebt). Alle Konstellationen bezüglich "abhängiger" oder "unabhängiger" Rollenverteilung für Frau und Typ sind möglich. Für den Typ ist unserer Erfahrung nach auch nicht entscheidend, welche Rolle er einnimmt oder ob er "nur" eine oder mehrere "Beziehungen" "hat". Entscheidend ist für ihn, ob <u>er</u> den Charakter der Beziehung bestimmt. Auch bei Trennungen scheint für Typen nicht das Hauptärgernis der "Schluß" zu sein, sondern - falls es so war - daß die Frau die Entscheidung getroffen hat. Auch im gutbürgerlichen Recht kann ein Mann die Ehe ent-scheiden, wenn die Frau ihren "ehelichen Pflichten" nicht nachkommt - die Frau muß sich glaubhaft als Opfer darstellen, um geschieden zu werden.
Jedenfalls ist es für uns ein fundamentaler Unterschied, ob ein Mann von "Unabhängigkeit" in einer Beziehung spricht, oder die Frau, denn in der patriarchalen Gesellschaft ist der "unabhängige Mann" flexibel für verschiedene Herrschaftspositionen, während die "unabhängige" Frau im Patriarchat eher als vogelfrei behandelt wird und permanent um ihre Unabhängigkeit kämpfen muß. Insofern ist die Kritik von "Unabhängigkeit" als patriarchaler Herrschaftsideologie für uns zunächst in Bezug auf Typen richtig. Ob es auch aus Frauensicht richtig ist, auf Unabhängigkeit als positiv besetztes Ziel zu verzichten, erscheint uns zweifelhaft, zumindest solange es noch keine alternativen, nicht patriarchal geprägten Begriffe gibt

Und die "Kinder-Frage"? - Sie hängt direkt mit dem vorigen zusammen, denn Kinder stehen oft gleichbedeutend für "jahrelange Fürsorgepflicht" (Abhängigkeit vom Kind) und für Abhängigkeit von der Beziehung zu einer Frau, die "vielleicht sonst besser längst zu Ende wäre" (1000 Eltern-Beispiele fallen uns ein). Diese Abhängigkeits-Angst bei Männern übergeht aber, daß sie sich meist "ganz gut aus der Affaire"ziehen(können). Es ist nach wie vor auch linke Männerpraxis, Frauen mit Kind sich selbst zu überlassen, manchmal fliegen sie auch aus WG/ Beziehung/Arbeitsgruppe raus ("Warum kommt sie denn nicht mehr?- Sie hat doch ihr Kind -Ach ja!"). "Kinder oder Kampf", wie die "Mythos..." Autorin schreibt, ist immer noch die linke

Parole, "Kinder bekommen" bedeutet kleinbürgerlich, gesättigt, alternativ-mittelständisch zu werden etc. Das Ausgrenzen der "Kinder-Frage" und anderer "Abhängigkeiten" aus der idealtypischen linken Lebensperspektive ist nach wie vor wohl einer der zentraler Mechanismen, Frauen aus der Männer-Politik hinauszukatapultieren.
Um nicht mißverstanden zu werden: Es geht nicht darum, daß Frauen wieder Kinder bekommen sollen, aber sie sollen sie bekommen können, ohne theoretisch seziert und praktisch abserviert zu werden.
Aber was tun, ohne in die klassisch patriarchal-kapitalistische Institution Kleinfamilie zurückzufallen?:

"Kollektivität" als konkrete Utopie?!

Warum jetzt auf einmal "Kollektivität". Wir denken, daß dies unter bestimmten Bedingungen und bei der Voraussetzung, daß genau geklärt ist, was "Kollektivität" meinen soll, ein Ideal sein könnte, welches auch für Männer eine Kampfperspektive eröffnet, die Aufhebung des patriarchalen Gewaltverhältnisses beinhalten könnte.
Aber es ist ein ziemlich schwammiger Begriff: Im allgemeinen Sprachgebrauch ist völlig unklar, was ein Kollektiv ist oder sein soll: eine Anzahl von Leuten? (Wer gehört dazu, wem bleibt aus welchen Gründen der Zugang versperrt?), ein politischer Zusammenhang? (gibt es "reformistische Kollektive" oder ist Kollektivität per se revolutionär?), eine Lebensform? (Wie verbindlich müssen die Beziehungen sein, ist Groß- oder Kleingruppenpsychoterror Kollektivität, welches Maß an Toleranz nach innen, an Intoleranz nach außen ist nötig, um weder in interner Gleichförmigkeit zu erstarren noch nach außen Gruppenegoismus zu entwickeln?). Die größte Gefahr ist wahrscheinlich, Kollektivität mit möglichst gutem, problemlosen gegenseitigen Verstehen gleichzusetzen, denn dann muß das Ergebnis eine "olympiareife Mannschaft" sein, in der alle gleich(gut) sind, alle "schlechten, kranken, Abhängigkeit und sonstige Probleme verursachenden Ausgebeuteten fliegen raus, das "Kollektiv" wird zur Festung.
Wir denken, daß eine allgemein-revolutionäre Perspektive unter 2 Bedingungen eine Chance hat(und dann hat sie sie tatsächlich!):
Erstens muß es um den Abbau aller Herrschafts- und Gewaltverhältnisse gehen, d.h. weder Rassismus noch Patriarchat dürfen zweitrangig neben Kap. und Imp. angegriffen werden - in dieser Form ein auch Männern längst geläufiger Spruch.

Zweitens muß es aber darum gehen, diese Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft konkret vorwegzunehmen, zu leben, auszutesten, zu erkämpfen etc. Eine solche selbstgelebte Praxis, als Utopie auch für andere nachvollziehbar und an sie vermittelt, wirkt mehr als 1000 Flugis. Sie wird dem entsprechend sowohl vom Staat ("kriminelle Vereinigung") als auch durch Sanktionen von "Mit-Männern" gnadenloser verfolgt und muß immer wieder als Prozeß erkämpft werden - die "friedlichen Nischen" sind meist nur Glasvitrinen staatlicher Macht.
Es geht in diesem Sinn also als Form und Inhalt, als Weg und Ziel um "Kollektivität". Nötig ist ein Ausprobieren, eine Gratwanderung, bei der "Abhängigkeit" kein Herrschaftsverhältnis ist sondern eher als gegenseitige Verbindlichkeit und Verantwortlichkeit verstanden wird. Die Ungleichheiten der Einzelnen, Gruppen, Geschlechter und Kulturen dürfen nicht wegdefiniert und somit ausgegrenzt werden sondern sollen sich als Vielfalt auf herrschaftsfreier Ebene (was nicht konfliktfrei bedeutet) enwickeln können.
"Ganz schön idealistischer Schmus" werden viele jetzt denken - das zwar nicht unbedingt, aber utopisch zu sein scheint es angesichts des Verhaltens von uns Männern (die Autoren eingeschlossen).
Denn zweierlei muß klar gesagt werden: Dieses Verständnis von Kollektivität bedeutet für Männer (in herkömmlichen patriarchalen Begriffen): Abhängigkeit, Unfreiheit, Ungleichheit, Aufgabe von "Souveränität" (auch so ein Begriff), Abgabe von Macht, Aufgabe von Herrschaftsprivilegien.



Und als zweite Konsequenz ganz praktisch hier, heute und jetzt sofort: Das Austesten von herrschaftsfreien Lebensmöglichkeiten, von gewaltfreier (nicht gegenüber den gerade von Männern genau zu bestimmenden Gegnern, aber innerhalb der "kämpfenden Kollektive") "Abhängigkeit" und "Unfreiheit", bedeutet für Männer im Patriarchat ein Muß, sich in den bisherigen gemischten Zusammenhängen und/oder in neuen Gruppen in Männerzusammenhängen zu organisieren, die Männer-Rolle als Täter-Rolle zu thematisieren, zu kritisieren und gemeinsam als "Teilkollektiv" zu ändern - sonst ist's nix; war's nix und wird's nie nix!
(Allerdings gilt auch für die Autoren, daß es immer viel leichter ist, die eigene Theorie anderen aufzuschwatzen, als sie selbst in Praxis umzusetzen)

(Anfang August '89)

unabhängigkeit für männer alsideologie (Ergänzung, s.o.)

woran mach ich das in der praxis, im alltäglichen leben fest?
-der (ich beziehe das jetzt erst einmal alles auf männer) alternative rucksackreisende, der nur mit seinem rucksack allein, in jeden winkel der erde eindringt, immer neue menschen kennenlernt oder kennenlernen will und somit längere beziehungen mit menschen, ein sich einlassen auf menschen nicht möglich ist (sind wohl ganz viel eigene anteile von mir dabei).
- an den technischen(männlichen) "fortschrittlichen" erfindungen wie autos, flugzeuge, raketen....mit denen versucht wird auch überall hinzukommen; unabhängig sein von natürlichen hindernissen berge, flüsse, menschliche leistungsfähigkeit....)
- daran, daß der mann notwendige "arbeit", tätigkeiten nicht wahrnimmt(oder nicht wahrnehmen will), sie deshalb auch nicht macht und denfrauen überlässt. er will "frei" sein von so lästigen dingen wie hausarbeit und kindererziehung oder gefühlen (die gefühle überläßt er der frau, die sich um ihn sorgt, kümmert und wieder aufpäppelt wenn es ihm schlecht geht. sie sorgt sich um sein wohlergehen(u.a. auch essenkochen usw.).anstatt,

daß er sich mit seinem gefühlsleben mal selbst auseinandersetzt)
- daran daß der mann die ökonomische macht besitzt und er rein theoretisch(auch praktisch) immer die möglichkeit hat diefrau zu verlassen, was umgekehrt nur selten vorkommt.
- in der unfähigkeit der männer wärme, gefühle zuzulassen. er wird hart, gefühlsunfähig und ist somit den einsamen abenteuern der welt gewappnet. denn, wie gesagt, starke gefühle sind ein zeiche n dafür, andere menschen zu brauchen, "abhängig" zusein.
- in der beziehung zwischen mann und frau. er bestimmt die form der beziehung, die nähe die wärme, die verbindlichkeit
- in der ideologie, daß freuen der natur nach für die familie fürs traute heim geschaffen seien und die männer für die harte "außenwelt"

das ganze ist natürlich (ganz abstrakt) für den kapitalismus notwendig. es werden ellenbogenmenschen gebraucht. einer, dersich allein von unten nach oben durchschlägt, nur seinen eigenen vorteil im sinn hat usw.

na ja, und das ganze ist natürlich eine riesengroße farce. den unabhängigen mann gibts nicht, weil menschen ganz konkret voneinander "abhängig" sind (wärme, bestätigung, erziehung hilfe bei krankheit...)
und ist auch nicht erstrebenswert. die ganze unabhängigkeits bzw. freiheitsideologie dient zum großen teil nur der herrschaftsabsicherung des mannes über die frau.
wichtig für uns alle erscheint uns deshalb eine positive besetzung von menschen als gruppe nicht nur im kopf, sondern vor allem im bauch(auch mit den ganzen problemen, die dabei auftauchen, wir haben's ja auch nie gelernt).
auf der anderen seite gibts für mich auch eine positive unabhängigkeit, wie z.b. die unabhängigkeit von lohnarbeit, von psychischen zwängen...
und für die frauen hat der begriff sowieso ne andere bedeutung(freisein von der abhängigkeit zu männern: ökonomisch, psychisch, physisch...)

BETR: MOLOTOW, IHRE ZEICHEN; UNSERE ZEICHEN
ANTWORT AUS BIELEFELD

bielefeld, 8.1.90

antwort an die gruppe molotow, interim 84, beilage
vorweg möchten wir sagen, daß wir die stellungnahme des redakteurs der interim zur beilage der gruppe molotow gut finden. wir wollen sie aber um einige uns wichtige punkte erweitern und unseren ärger über das dreiste papier der gruppe molotow zum ausdruck bringen.
wir finden es einen totalen nammer, daß ihr ein INTERNES rundschreiben der infoläden veröffentlicht. bei dieser warnung, die wir nach wie vor richtig finden, handelt es sich eben NICHT um eine öffentliche stellungnahme von uns. was bei der veröffentliehung dieses schreibens nicht zum ausdruck kommt, sind die diskussionen, die diesem papier in den infoladen-zusammenhängen zu grunde liegen.
die infoläden, und damit auch wir, maßen uns nichts an, sondern sind seit einigen monaten dabei kriterien dafür zu entwickeln, was wir in unseren regalen auslegen und was nicht. auch wenn die kriterien, die wir uns erarbeitet haben z.t. noch recht schwammig sind, entscheiden wir anhand dieser kriterien was wir verbreiten. wir werden auch weiterhin keine denunziatorischen, patriarchalen und offensichtlich verlogenen zeitungen, broschüren, flugblätter ect. unter die leute bringen. trotzdem ist in den infoläden ein breites spektrum an militanten, linken informationen vorhanden. ihr solltet euch übrigends das papier der gefangenen der ccc genauer durchlesen, besonders was sie zum punkt der nicht-veröffentlichung sagen.
was ihr mit der veröffentlichung dieses internen rundschreibens gemacht habt ist die offenlegung eines teils unserer strukturen. wo ansonsten darauf geachtet wird, daß unsere strukturen mit allen uns zu verfügung stehenden mitteln geschützt werden, gilt dies für die infoladen-strukturen scheinbar nicht. meint ihr, nur weil euch bestimmte positionen nicht in den kram passen ist euer uns gefährdendes verhalten gerechtfertigt?
hier haben wir auch eine frage an die redaktion der interim: wie kommt es dazu, daß ihr ein solches verhalten unterstützt?
die stellungnahme von euch strotzt vor unwissenheit und daraus resultierenden unwahrheiten. auf den sylvestertagen 88/89 in hh gab es eine diskussion um die vorfälle im okt.88 in amsterdam, die person paul moussault und seine rolle in den "auseinandersetzungen" sowie den boykott der knipselkrant. in dieser diskussion stellte sich heraus, daß die knipselkrant von großen teilen des widerstands schon seit jahren (86) boykottiert wird. die diskussionen sind damals intern gelaufen, was wir kritisieren. unser anteil am boykott ist die verbreitung und veröffentlichung der diskussion darum.

ebenfalls seit diesem zeitpunkt gab es 2 stellungnahmen zum boykott, eine aus den niederlanden und eine aus der brd. diese stellungnahmen waren seit spätestens ende jan. 89 in den meisten infoläden vorhanden. warum die diskussion um den knipselkrant-boykott nicht aufgegriffen wurde ist kein reines infoladen - problem, sondern ein problem des widerstandes hier.
wir finden die kritik,u.a. der interim, an uns aber dennoch richtig. wir haben es bisher noch nicht geschafft eine gemeinsame stellungnahme der infoläden zum knipselkrant-boykott zu veröffentlichen. - das soll sich ändern.
ebensowenig wie die papiere, die für den boykott sprechen, ist die stellungnahme der gefangenen der ccc zum boykott zensiert worden. die stellungnahme ist seit ende august in den infoläden vorhanden, größtenteils als lese- und kopierexemplar. wir sehen es nicht als unsere aufgabe an jedes diskussionspapier neu aufzulegen und bundesweit an jedes einzelne grüppchen zu verschicken. das geht an unserer aufgabe vorbei! wir setzen auch auf die eigeninitiative und -verantwortung unserer genossinnen, die die läden nutzen.
zur zeitschrift radikal brechen empfehlen wir euch die lektüre: "ob ihr hirn habt entscheidet euer metzger! betrifft: radikal brechen". in dieser zusammenstellung wird eine sprachanalyse der radikal brechen vorgenommen. die genossinnen schließen aus ihrer analyse, daß dieses blatt von bullen gemacht wird. auch wenn wir nicht ganz mit diesem schluß übereinstimmen - da nach unseren erkenntnissen dieses blatt von einer sektiererischen k-gruppe gemacht wird(siehe ANTI rassismus, zeitung des widerstands in wien) - so denken wir doch, daß die macherinnen dieses blatts objektiv bullenarbeit übernehmen. sollte diese zusammenstellung - wider erwarten - nicht in einem infoladen in eurer nähe vorhanden sein, sind wir gerne bereit euch diese zusammenstellung auf anfrage zu kopieren und zuzusenden.
aus eurem "beitrag" zur diskussion müssen wir schließen, daß ihr ein konsumverhältnis zu den infoläden und den darin arbeitenden frauen und männern habt. ihr scheint die infoläden als dienstleistungsbetrieb zu begreifen. ist euch schonmal aufgefallen, daß dort frauen und männer aus dem widerstand arbeiten? ist euer verhältnis untereinander vom gegenseitigen konsumieren geprägt? wir jedenfalls wollen das so nicht! ein solches verhältnis tritt nicht nur bei euch zu tage. es läßt eigenverantwortung für die vermittlung der eigenen inhalte, für information und vermittlung,

unnötig erscheinen. wir sind aber keine dienstleistungbetriebe, sondern teil des widerstands in der brd/ westeuropa. wir haben uns die aufgabe gestellt informationen des widerstands und der guerilla zu verbreiten, damit die auseinandersetzung daran möglichst vielen zugänglich/möglich ist. das nicht nur innerhalb des militanten spektrums, sondern auch als öffentlicher anlaufpunkt - gegen die isolationspolitik der schweine - darüber hinaus. wir sind aber nicht bereit diese verantwortung allein zu übernehmen und hierarchien vorschub zu leisten. wir wollen jede/n einzelne/n mit in die verantwortung nehmen. sei es dadurch, dafür sorge zu tragen, daß in den läden die wichtigsten infos vorhanden sind oder sei es durch eigeninformation und einbringen in die laufenden diskussionen. für so einen prozeß sind kritik und selbstkritik notwendig, wichtig und von uns gewollt. mit euren erpresserischen drohungen erreicht ihr bei uns nichts!

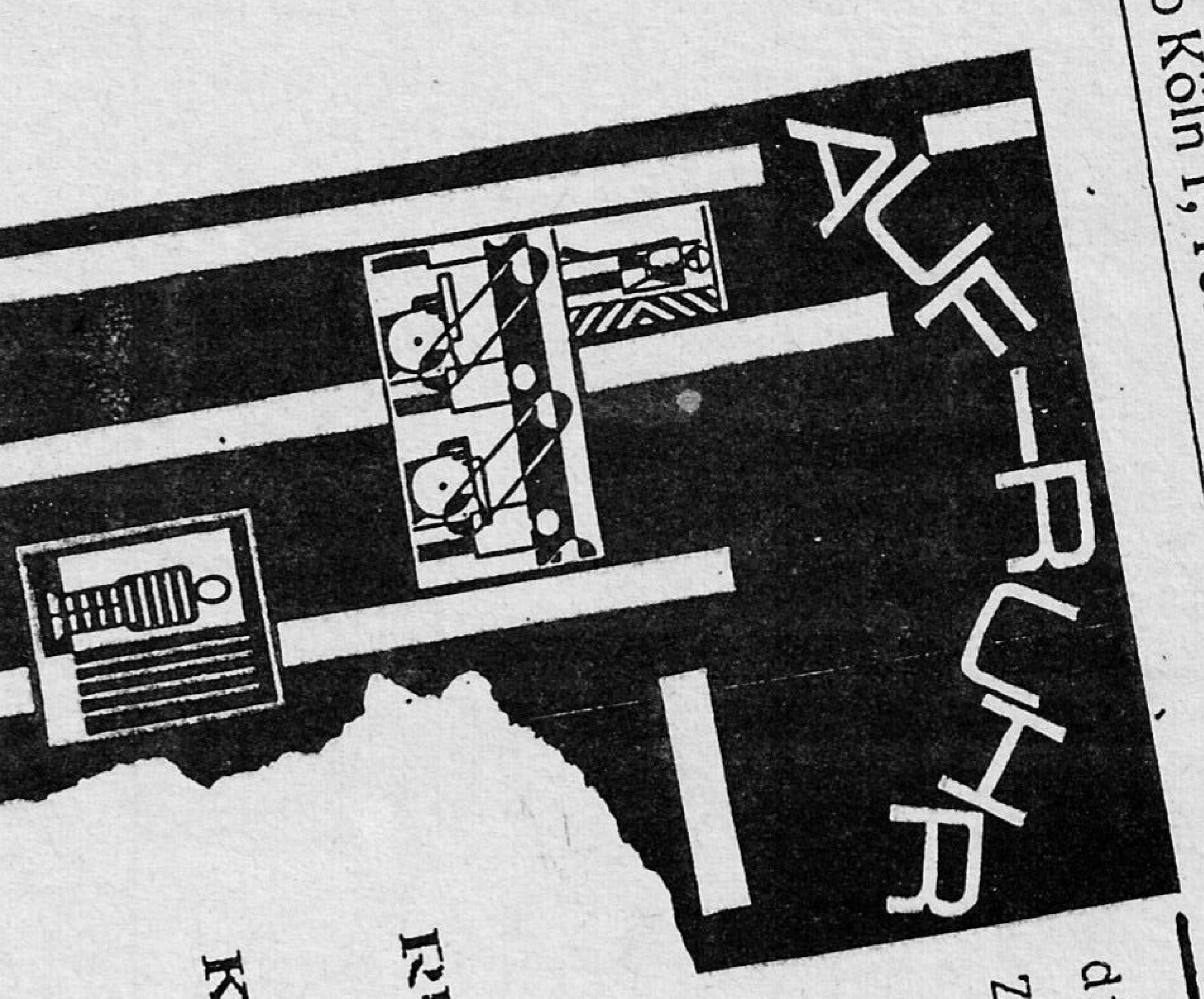
die ♀♀ und ♂♂ vom infoladen anschlag

verzeichnis der papiere zum knipselkrant-boykott:
frontline info, okt./nov. 88
10 jahre knipselkrant! kein grund zum feiern!!!, dez./jan 88/89
anti nr.6, frühjahr 89
stellungnahme der gefangenen der ccc, sommer 89
zur radikal brechen:
anti nr.7, juni 89
ob ihr hirn habt entscheidet euer metzger. betrifft: radikal brechen, ?? 89

und zum guten schluß nochmal einen hinweis aus dem angehörigen info nr.31, jan. 90

Das ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam bat uns um die Bekanntgabe der Mitteilung, daß sie fälschlicherweise im Impressum einer Zeitschrift namens „radikal brechen" aufgeführt sind. Anscheinend gibt es Rundschreiben von „radikal brechen" auch an die Gefangenen – die Sachen werden wegen des falschen Impressums von den Oberlandesgerichten an das ID-Archiv zurückgeschickt mit dem Vermerk „wird zur Habe der Untersuchungsgefangenen genommen".





ZUR AUSEINANDERSETZUNG UM DIE KNIPSELKRANT UND ZUR INITIATIVE DER GRUPPE MOLOTOW

wir begrüßen auf's schärfste die dokumentation des CCC (Kollektiv Klasse gegen Klasse)-papiers zur Knipselkrant-affäre durch die Gruppe Molotow. zwar war uns dieses papier schon bekannt, aber wir teilen die von der Gruppe Molotow in ihrer stellungnahme zum ausdruck gebrachte befürchtung, daß dieses papier bisher viel zu wenig bis gar nicht verbreitet worden ist. auch wir finden das eher befremdlich, besonders angesichts der tatsache, daß die diskussion um die Kipselkrant und ihren boykott vor ungefähr einem jahr großes interesse gefunden hat und intensiv geführt wurde; auch das Frontline-info wurde - ganz oder in auszügen - in diversen infosammlungen/zeitungen dokumentiert und verbreitet. die affäre Knipselkrant-Paul Moussault-Untersuchungskommission schien also für breite teile der autonomen/revolutionären bewegung von großem interesse; die boykott-forderung wurde aufgebracht und durchgesetzt, stellungnahmen und diskussion waren gefordert - komisch, daß in dieser situation ausgerechnet ein papier wie das der CCC , das sich um vermittlung zwischen den beteiligten fraktionen und um richtigstellung einiger sachverhalte, die im Frontline-info nicht oder anders dargestellt waren, bemüht, kaum auf resonanz stößt, bzw., was eigentlich noch schlimmer ist, nicht verbreitet wird.
wir wissen natürlich auch nicht, woran das lag/gelegen hat - und wir können nicht für das ganze bundesgebiet sprechen, aber nach unseren informationen ist das CCC-papier in weiten bereichen der revolutionären bewegung bis heute unbekannt, insbesondere in den autonomen zusammenhängen. das papier der genossInnen der Gruppe Molotow bestätigt uns nun, daß es selbst in Westberlin nicht viel anders aussieht. wie es in Belgien und den Niederlanden damit steht, wissen wir nicht. der aktuelle wissensstand läßt es aber nicht gerade unwahrscheinlich erscheinen, daß die nichtverbreitung des CCC-papiers mit den hiesigen info-läden-strukturen zu tun hat - diesen schluß zieht auch die Gruppe Molotow in ihrer stellungnahme und führen als beispiel die politische praxis des infoladens Anschlag in Bielefeld an, insbesondere dessen verhalten der Radikal Brechen gegenüber. nun, wir halten im allgemeinen nicht allzuviel von verschwörungstheorien und würden bei unserem augenblicklichen informationsstand nie soweit gehen, zu behaupten, daß bestimmte informationen von infoläden systematisch unterdrückt werden. aber auch uns ist das warnungs-rundschreiben der BielefelderInnen bitter aufgestoßen: natürlich kann es nicht angehen, daß sich einzelne infoläden zum zensor darüber aufspielen, was die revolutionäre bewegung lesen darf und was nicht. was es zur Radikal Brechen zu sagen gab, haben die genossInnen der Gruppe Molotow bereits gesagt - was uns an diesem punkt wichtig erscheint ist folgendes: wie kommt es, daß eine wirklich nur schnell dahingeschmierte "Warnung" wie die der leute vom "Anschlag" (ebenfalls im papier der Gruppe Molotow dokumentiert) ausreicht, um bei einem großteil der "scene" und den bundesweiten infoläden das hirn auszuschalten und eine zeitung einfach nicht mehr auszulegen, bzw. sogar zu vernichten, wie wir das selbst in einigen fällen beobachten konnten. hier muß wohl wirklich von überzogenen panikreaktionen die rede sein, die manche leute offensichtlich für angebracht halten, wenn zum einen auch nur am rande von Knipselkrant/Untersuchungskommission die rede ist, und es zum andern auch noch irgendwie um eine revolutionäre kritik an den autonomen- und antiimp-strukturen geht; denn, was dieses angeht, gibt es in der Radikal Brechen trotz der vielen plattheiten und zum teil auch fehleinschätzungen einiges zu entdecken, was einfach stimmt und schon längst als grundlage der diskussion über unsere perspektiven und die erneuerung der revolutionären bewegung gelten sollte!
und da sind wir dann auch schon beim für uns wichtigsten punkt: für uns scheint es nämlich so, als bestünde von bestimmter seite her ein interesse, bestimmte diskussionen, die sich um eine inhaltliche und organisatorische neubestimmung der revolutionären bewegung in Westeuropa drehen, zu boykottieren! der Politische Flügel der Hausbesetzerbewegung (PVK) in den Niederlanden, das Kipselkrant-kollektiv, und eben zum teil auch die Radikal Brechen waren/sind - unter vielen anderen - beteiligt an diesen neuorientierungsprozessen. und wie

wichtig es für die revolutionäre bewegung hier ist, diese neubestimmung jetzt auf die reihe zu kriegen, sollte den letzten inzwischen klar geworden sein nach den erfahrungen aus dem letzten HS und den diskussionsbeiträgen von den gefangenen aus der RAF. hinzu kommt der ganze aktuelle scheiß, die neue politik der SU, die sich unter dem druck der USA aus allen internationalen brennpunkten mehr und mehr zurückzieht und nicht mehr als direkter verbündeter der befreiungsbewegungen im Trikont auftritt, die größte imperialistiosche umwälzung in osteuropa seit dem weltkrieg II, die auflösungserscheinunegn der "realsozialistischen" staaten, die neuen kapitalströme dorthin vor allem von Westeuropa aus unter vorherrschaft der BRD, aufkauf/"friedliche eroberung" der DDR, etc... - das alles und anderes, worauf wir im engen rahmen dieses papiers nicht wirklich eingehen können, zwingt zum überdenken festgefahrener weltbilder: die gesamte revolutionäre bewegung steht vor einem neuen kampfabschnitt!
und genau in dieser situation gefällt sich ein großteil der revolutionären bewegung in stagnation - zyklisch wiederholen sich die alten fehler, immer wieder müssen alte diskussionen aufgewärmt werden, ohne daß irgendwo eine chance für einen qualitativen sprung nach vorne greifbar scheint. alles dreht sich ständig mehr oder weniger im kreis, kritik wird arrogant ausgegrenzt und weggewischt - wie oft ist es schon gesagt worden: struktur- und organisationsdefizitze, theoriefeindlichkeit, lebensgefühl militanz statt revolutionärer strategie, "freiraum-politik" und freiwillige ghettoisierung... und doch kommt alles ständig wieder. -das nervt uns!
worum es also gehen muß - und das lesen wir auch aus der stellungnahme der Gruppe Molotow heraus, ist die neuformierung der revolutionären bewegung in Westeuropa in *einer* front gegen den imperialismus. dazu brauchen wir jetzt die offene diskussion um zu konkreten, greifbaren perspektiven zu kommen und um die vielfältigen und unterschiedlichen ansätze revolutionärer praxis in *einer* orientierung gegen das system zu verbinden.
nur zusammen können wir die kraft entwickeln, um die ganze destruktivität des neuen imperialismus zu stoppen!
nur zusammen - als eine front - können wir hier in Westeuropa mit den befreiungsbewegungen weltweit einen einheitlichen und langdauernden umwälzungsprozess durchsetzen!
wir wollen die diskussion dafür jetzt aufnehmen und forcieren und fordern alle, die das mit uns wollen, auf, endlich zusammenzukommen. teil dieser diskussion müssen die gefangenen sein - ihre zusammenlegung müssen wir dafür endlich durchsetzen!

VON DER SZENE ZUR ORGANISATION KOMMEN!
FÜR DIE EINHEIT DER REVOLUTIONÄR/INN/EN IN WESTEUROPA!
PROLETARISCHER INTERNATIONALISMUS HEISST KLASSENKAMPF IM EIGENEN LAND!
LIEBE UND KRAFT DEN GENOSSINNEN AUS DER GUERILLA UND ALLEN KÄMPFENDEN GEFANGENEN!

KÄMPFENDES KOLLEKTIV FÜR DEN KOMMUNISMUS 02.01.90

P.S.:noch eine kleine bemerkung zum kommentar "eines Redakteurs" der Interim zur dokumentation/stellungnahme der Gruppe Molotow: wer sich über "polemik" aufzuregen bereit ist, sollte es sich und den leserInnen ersparen, blödsinn loszulassen wie "wobei die neue Strategie heißt: die Oberschweine des Imperialismus und linke INFO-Läden angreifen"; und was soll dieser leere vorwurf, die genossInnen hätten einfach einen absatz aus der erklärung der RAF zu Herrhausen wortwörtlich übernommen, ungekennzeichnet...(welche frechheit!); "ob ihr ein Teil der westeuropäischen Front seid", wird dann noch nachgefragt, als sei es eine schande oder verwerflich, sich politisch in diesem kontext zu definieren, oder ist das etwa gar retour-polemisch gemeint? wir können damit nix anfangen! politisch hat der kommentar "zur beilage der Gruppe Molotow" in der letzten Interim nichts beizutragen. es heißt, daß das papier der Gruppe Molotow so "unsolidarisch" und der darin dokumentierte text der CCC "ein äußerst verdächtiges dokument" sei, inhaltlich wird aber gar nicht darauf eingegangen, neue informationen gibt es sowieso nicht, außer, wie immer, "vermutungen" (diesmal sogar direkt aus Amsterdam, die Radikal Brechen betreffend, na prima), und daß es schon irgendwelche ergebnisse der diskussion um die Knipselkrant-affäre gibt, aber halt nur im "engen kreis" gewisser infoläden. hat wirklich niemand gemerkt, daß gerade das ein hauptpunkt der kritik der leute der Gruppe Molotow war? ehrlich nicht? stattdessen lieber weitermachen, alles in einen topf zu hauen - PVK, Knipselkrant, Untersuchungskommission, jetzt offenbar auch noch die CCC und die kritikerInnen dieser art des angeblichen interesses an einer "intensiven öffentlichen diskussion". so nicht!

DIE KÄMPFENDE SILVESTERNACHT

nach dem 9.november wurde viel davon geredet,daß veränderungenauf
friedlichem wege erreicht werden können. wir wollen aber mal festhalten,
daß mit der öffnung des "antifaschistischen schutzwalls" unsere
probleme ganz gewiß nicht weggefallen oder weniger wurden.für viele von
uns ist gerade die öffnung der grenze zueiner akuten bedrohung des lebens ge=
worden.hier im kiez der zur stadtmitte anvisiert mit durchgangsstrassen
und wo jetzt jeder kapitalist versucht ,hier kudamm-filialen einzurichten,
mit der einhergehenden vertreibung der unternsten bevölkerungsschichten.

beschimpfungen von "nichtdeutschen" berlinerInnen haben extrem zugenommen
und auch tätliche angriffe werden häufiger. mag auch ein großer teil des
des deutschen volkes besoffen sein vor glück,stellen wir fest daß auch
in diesem winter wieder tausende kein dach über dem kopf haben und ein=
ige von ihnen erfrieren werden und schon sind.täglich müssen wir mit ansehen
wie sich obdachlose und arme von hundefutter ernähren oder den weggeworf=
enen aldi-fraß wieder aus den mülleimern rausholen müssen.bananen sind
auch in einem der reichsten länder nicht im sozialwarenkorb aufgelistet.
wo andere regime mit nationalen parolen
kriege anzetteln um klassenkämpfe vorzubeugen,will dieser senat den deutsch-
nationalen taumel dazu benutzen,die sozial schlechte lage tausender hier
in der stadt vergessen machen.
es soll sich also niemand wundern, wenn wie sylvester geschehen, menschen
statt feiern, sich bereitfinden sich zu wehren,wenn supermärkte aufge=
macht werden und die leute sich gegen das heranrücken der polizei vertei=
digen.wir müssem leider festhalten,daß anders als in der ddr es hier keine
möglichkeit gibt friedlich auch nur das geringste zu verändern,wir haben
oft genug schon erfahren,daß diese system auf terror zurückgreift wenn
forderungen und positionen zu laut vorgetragen werden.,wie zuletzt bei
der kiezdemo.der gezielte bullenterror und die geplante zerschlagung
der kiezdemo,wodurch sie verhindern wollten,daß sich noch mehr bewohnerINNEN
einreihen,ist innensenator pätzolzs politik;der dem bluthund noske nach=
eifert.durch das solidarische verhalten der leute konnte die demo aber
nicht zerschagen werden.haben die dreckschweine etwa geglaubt,daß
wir jetzt eingeschüchtert sind und sie zum jahresende feiern lassen werden?
durch den brutalen knüppeleinsatz wurden viele in unseren reihen erheb=
lich verletzt,einigen wurden sogar die knochen gebrochen.
diese kapitalistische gesellschaft beruht auf ausbeutung ,teror und mord.
zur sicherung ihrer profitinteressen werden nicht nur in der 3.welt
täglich menschen umgebracht,sondern auch hier ist menschenleben weniger
wert als kapitalbesitz. dort wo sich widerstand formiert ,antwortet der
staat ausschließlich mit terror.die liste unserer toten ist lang und über=
steigt inzwischen die zahl 40. viele von uns sind zu krüppeln geprügelt
worden,viele sind in den knäten lebendig begraben.
das gequatsche von frieden und freiheit ist schlicht unrealistisch.
für unsere berechtigten forderungen müssen wir auch zukünftig kämpfen,
werden wir dem terror des staates mit gewalt begegnen müssen. die bevölker=
ung hat für die kämpfende sylvesternacht verständnis gezeigt,lediglich
einige gäste in der oppelner die vor einer bar feierten, fanden eine barri=
kade nicht so toll.in der oranienstr. 22 haben sich einige türkisch und
deutsche sozialdemokraten vor ihrem verein (HDB) zusammengetan und ver=
sucht ,hetzerisch leute gegen uns aufzuwiegeln.gegen 3.uhr wurde eine
gruppe von 6 faschisten,die sich mit messer und gaspistolen bewaffnet
aus dem haus oranienstr, 183 vor dem bürgersteig postierte,angegriffen,
worauf ihnen bullen zur hilfe eilten.diese faschisten dürfen wir nicht
mehr in ruhe lassen:von türkischen jugendlichen wurde das rechte türkische
reisebüro o-str./Adelbertstr. eingeschlagen,als auch ein hifi-elektroge=
schäft in der o-str. geplündert.dagegen war nichts einzuwenden,ansonsten
lief alles recht diszipliniert und kontrolliert ab. die bullen mußten
sich zeitweilig auf grund massiver angriffe zurückziehen. erst mit 2 räum=
ungspanzern und 3 wasserwerfern haben sie die nacht unter kontrolle ge=
kriegt. hier herrscht alltäglicher krieg gegen uns, und deswegen
wird es noch lange bomben gegen herrhäuser geben als auch sylvester wie
den letzten. wir können zukünftig viel erreichen,wenn wir uns vorbereiten
und rufen euch alle auf : bereitet auch ihr euch vor:
P:S: EINER SITZT NOCH SEIT DER JAHRESWENDE IM KNAST;schreibt ihm
uli siebers,alt moabit 12a 1/21
wir haben noch viel zu gewinnen. grüße an das kommando wolfgang beer (raf)
GUERILLA UND MASSENMILITANZ: BEIDE VEREINT FÜR DAS BEFREITE LAND

Was wir wollen.

Der jetzige scharfe Niedergang unserer Bewegung hat sich entsponnen,als die Avantgarde der Bewegung idiotische Aktionen durchführte und als diejenigen, die diesen Aktionen entschlossen zu Leibe gingen und ihre Abstellung forderten, gemaßregelt werden sollten von denen, die die Träger dieser idiotischen Aktionen waren. In diesem Kampfe gegen bestimmte Aktionen trat ein noch größeres Übel zu Tage. Das war die dogmatische Erstarrung autonom-antiimperialistischer Kreise sowie die Verpönung jeglicher Kritik.

In dieser dogmatischen Erstarrung sehen wir eine tötliche Gefahr für die Bewegung. Dogmatische Erstarrung ist schlimm und gefährlich genug, wenn sie nach der Eroberung der Macht eintritt(siehe DDR). Sie ist noch gefährlicher, sie ist absolut tötlich, wenn sie vor der Eroberung der Macht eintritt. Eine Bewegung, die einerseits in selbstherrliche Aktionisten zerfällt, und andererseits in eine passive Masse, die nur zu bewundern hat, kann die Revolution weder vorbereiten noch durchführen. Sie muß bei jeder ernsthaften revolutionären Probe zerschellen. Die Revolution vorbereiten, führen und durchführen kann nur eine Bewegung, deren Mitglieder politisch selbsttätig sind, in denen der Geist der revolutionären Initiative und der Kritik lebendig ist.

Darum wollen wir das tötliche Gift der Erstarrung aus unserer Bewegung beseitigen.

Die bürokratische Erstarrung, die Lähmung der Selbsttätigkeit der Mitgliedschaft, die Erstickung der Kritik und der Kontrolle von unten vollendete in der Alternativbewegung den Niedergang, die opportunistische Verseuchung, die zum Zusammenbruch der Alternativbewegung am 16.März 1989 in Berlin führte.

Wir wollen keinen solchen Zusammenbruch unserer Bewegung. Darum kämpfen wir, solange es noch Zeit ist. Wir kämpfen darum in den Reihen der Autonomen, solange auch nur ein Krähenfußbreit Boden für diesen Kampf ist.

Bedenklich ist auch der politische Kurs der autonomen Bewegung. Geredet wird von einer Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie. Getan wird alles, was den Rosa-Grünen die Besorgung der Geschäfte für die Bourgeoisie, die Irreführung der Arbeiter, den Verrat an der Bevölkerung erleichtert.

Eine traurige Probe dafür war das Vorgehen während und nach der revolutionären 1.Mai-Demonstration. Statt die Ursachen dieser falschen Taktik rücksichtslos aufzudecken, um die Scharte auszuwetzen, um die Methode des Kampfes gegen SPD/AL zu verbessern, wurde die Niederlage in einen Erfolg umfrisiert. Ja noch mehr, dieser falsche Kurs wird zu einem System erhoben. Das muß unfehlbar zu neuen Niederlagen führen, es muß die Bewegung politisch und organisatorisch zu Grunde richten, sie liquidieren.

Dieser falsche Kurs besteht in zweierlei. Erstens darin, daß die Bündnistaktik praktisch aufgehoben wird (in Worten existiert sie noch). Diese Bündnistaktik, die in der Anti-AKW-Bewegung so erfolgreich war, ist grundlegend für die ganze Periode, in der es gilt, die Mehrheit der Bevölkerung überhaupt für eine selbstbestimmte, ökologisch orientierte Gesellschaft zu gewinnen, und so den Kampf gegen die Macht ideell und organisatorisch vorzubereiten. Das praktische Unterlaufen der Bündnistaktik trug wesentlich bei zum Mißerfolg des 1.Mai 1989. Die Tatsache, daß die sozialdemokratischen und reformistischen Instanzen immer mehr verbürgerlichen, hebt die Notwendigkeit dieser Taktik keineswegs auf. Gerade umgekehrt. Der Grundgedanke der Bündnistaktik ist ja der, daß die Bevölkerung durch ihre eigene Kampferfahrung zur Autonomie finden soll. Zu diesem Zwecke haben wir solche Kampagnen zu führen, die der Bereitschaft und den Bedürfnissen der Bevölkerung, die noch nicht Autonome sind, entsprechen. Während aber die grüne Parteispitze immer tiefer verbürgerlicht, vergrößert sich die Kluft zwischen ihr und ihrer Basis. Diese Kluft- wie auch die Kluft zwischen anderen Parteien und ihren Wählern - auszunützen und zu erweitern, die Parteibonzen von den Massen zu isolieren und uns mit diesen Massen im Kampf zu verbinden: darin besteht die Aufgabe.

Zweitens aber besteht der falsche Kurs in der Ablehnung revolutionärer Übergangslosungen, d.h. solcher revolutionärer Losungen, die den Tageskämpfen die revolutionären Perspektiven geben, sie auf den Kampf gegen den Kapitalismus ausrichten. Übergangslosungen sind solche Losungen, die sich aus den unmittelbaren Bedürfnissen der Massen ergeben, deren Durchführung aber bereits den

Rahmen des kapitalistischen Staates sprengen. Der Verzicht auf eine konkrete revolutionäre Politik, die mit den Tageskämpfen organisch verbunden ist, aus ihnen herauswächst, muß- bei allem Gerassel mit revolutionären Phrasen, un ausbleiblich zum plattesten Aktionismus führen.

Wir wollen das Festhalten an der Bündnistaktik, ihre Ausarbeitung entsprechend der Lage und den Bedürfnissen des Klassenkampfes.

Wir wollen die Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie nicht in Worten sondern in Taten.

Am grellsten offenbart sich dieser falsche Kurs in der Stadtteilpolitik. Dieser Kurs ist gerichtet auf autonomes Abenteurertum, auf die Versuche, Kämpfe auszulösen, nicht nur gegen den Willen der Mieterläden(was gut und möglich ist, wenn die große Mehrheit der betreffenden Mieter dazu bereit und wenn wenigstens die Möglichkeit eines Erfolges gegeben ist), sondern auch gegen den Willen der Mehrheit der Mieter, die für den betreffenden Kampf in Betracht kommen. Es hat bereits geführt zur Gegenüberstellung von Besetzern und Mietern (statt ihrer Verbindung), was unseren Einfluß im Stadtteil vollends vernichten, die Spaltungsabsichten der Reformisten erleichtern und in unseren eigenen Reihen Verunsicherung erzeugen muß.

Wie sich diese Strategie auswirkt, kann man an der Tatsache erkennen, daß im Kuckucksei eine im September einberufene Versammlung mit dem Thema:" Die Lehren des Häuser- und Mieterkampfs" eineinhalb Stunden nach dem offiziellen Beginn von sage und schreibe drei Mietern besucht war, und somit natürlich nicht stattfinden konnte!

Wir wollen, daß die Taktik unserer Tageskämpfe und Kampagnen der Kampfkraft der Bevölkerung und der Kampflage sorgfältig angepaßt werden, so daß wir imstande sind, der Bevölkerung zu beweisen, daß wir Kämpfe erfolgreicher führen können als die Reformisten.

Wir wollen, daß die revolutionäre Kritik wieder Raum finde, weil wir die Reinigung und Rettung der autonomen Bewegung wollen. Dafür kämpfen wir mit der äußersten Entschlossenheit, weil wir die Revolution in Gefahr sehen. Dafür kämpfen wir in der autonomen Bewegung, solange auch nur ein krähenfußbreit Kampfmöglichkeit da ist. Auf diesen Kampf können wir auch dann nicht verzichten, wenn Teile der Autonomen sich völlig isolieren. Dann erst recht.

Autonome Opposition

---

wie kriegen wir den lautsprecherwagen auf ne demo

(oder: die Jagd auf den grünen Bus)

Immer wieder taucht auf berlins Straßen,inmitten der vielen kleinen und großen Demonstrationen,der grüne "EX-Bus" auf,mitlautsprecheranlage und Megafonen.
Parolen,Forderungen,Redebeiträge und Musik ,vor allem von denen,die keine Stimme im Parlament,keine Sendezeit im Fernsehen oder Rundfunk haben, hallen von den Häuserwänden wider.

Aufruf zur

Demonstration gegen Wohnungsnot

am 20.1.1990 um 14^{30} Uhr
am Wittenbergplatz
Ziel: Rathaus Schöneberg

Sucht Ihr eine Wohnung - ein Zimmer?
Seid Ihr mal hier, mal dort untergekommen?
Soll Eure Wohnung modernisiert werden und danach dreimal soviel kosten?
Müßt Ihr zu Hause raus, weil Ihr mit Eltern oder PartnerIn nicht mehr zusammenleben könnt?
Fehlen Euch die Mittel, um Schmiergeld für einen Mietvertrag zu zahlen?
Würdet Ihr auch gerne in eins der leerstehenden Häuser oder in eine leerstehende Wohnung ziehen?
Seid Ihr obdachlos und wollt nicht draußen erfrieren?

Wir sind alle betroffen von der katastrophalen Wohnungssituation, von der verfehlten Sanierungs- und Baupolitik und Mietengesetzgebung der letzten Jahre!
Nicht die, die von woanders hierher ziehen sind für die Wohnungsnot verantwortlich, sondern die Spekulanten, die Wohnraum leer stehen lassen und aus dem Grundbedürfnis nach Wohnraum ihre Profite schlagen!

Wir fordern:

Menschenwürdigen Wohnraum für alle!!!

- .Sofortige Öffnung der leerstehenden Häuser für Obdachlose und Wohnunglose
- .Die Enteignung von Spekulanten wegen Verletzung der sozialen Verpflichtung des Eigentums (Art.14 Abs.2 GG)
- .Legalisierung von Hausbesetzungen
- .Die Schaffung von selbstverwaltetem Wohnraum
- .Die Wiedereinführung der Mietpreisbindung
- .Neubau von preiswerten Wohnungen, mit dauerhafter Sozialbindung!
- .Gerechte Vergabe von Wohnungen nach Dringlichkeit!

UnterzeichnerInnen dieses Aufrufs:

A-Laden, Asta-TU, F A U, Initiative gegen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, Kitec GmbH (Betrieb in Händen der Belegschaft, Krisen- und Beratungsdienst, S E W, Sozialistischer SchülerInnenbund, S J D-Falken, Triebwerk (Kneipe)

V.i.S.d.P.: Hans-J. Keil, Detmolder Str. 3, 1/31

ddr ddr ddr

Nach dem Sturm auf die StaSi-Zentrale in Berlin (Hauptstadt der DDR) läßt hoffentlich der Sturm auf die Zentrale des Verfassungschutzes in der Clayallee nicht mehr lange auf sich warten; nächste Woche, oder? Wir freuen uns schon jetzt auf das "Verständnis für die berechtigte Wut der Bevölkerung", daß die Herrschenden hier uns entgegenbringen werden.
In unserem Chaos haben wir ein Flugblatt für eine Ost-West-Kampagne gegen die Wehrpflicht erst zu später Stunde wiederentdeckt. Das kommt aber nächste Woche wirklich. Ein Treffen dazu soll über das Wochenende 9.-11. Februar in Berlin (Hauptstadt der DDR) stattfinden.

"TANTE TRUDE" IN ROSTOCK BESETZT!!

In der Doderanerstr.7 in Rostock ist seit ein paar Wochen die "Tante Trude" besetzt - ein Info-Cafe. Was da genauer ist sei ihnen selbst unklar, meinen die BesetzerInnen, klar sei nur: links - alternativ - gegen Wiedervereinigung.

DRESDEN: STREIK UND STEINE GEGEN BERTELSMANN !!

Als Mitte Dezember in Dresden in der "Straße der Befreiung" versuchsweise für drei Wochen eine Filiale des Bertelsmann Buchclubs eröffnet wurde, steikten die MitarbeiterInnen samt Leitung der gegenüberliegenden Volksbuchhandlung Gutenberg gegen diesen Einfall des Buch-Kapitals in ihre Stadt einen ganzen Tag. Kaum war die Zesur der Parteibürokratie besiegt, fällt nun das int. Kapital u.a. über den DDR-Buchmarkt her. Süffisant bemerkte Dresdens OB Berghofer bei der Eröffnung, daß "der Laden leider nicht überall auf Zustimmung stoße".
Ein paar Nächte später wurde der Bertelsmann-Buchclub komplett entglast, aber für so eine "Kundschaft" hatte selbst die DDR-Mangelwirtschaft sofort am nächsten Morgem Ersatzglas.
Auch sonst ist die Wirklichkeit in Dresden vielfältiger als uns der BRD-Medienrummel zum Kohlbesuch weiszumachen versuchte: überall in der Stadt findet mensch Anti-Kohl-Parolen und Wandsprüche gegen die Wiedervereinigung (allerdings auch viele für die Wiedervereinigung).

Ausschreitungen von Anarchisten in Warschau

Warschau (ADN). Warschaus Innenstadt war Freitagabend Schauplatz einer Kundgebung von Jugendlichen, die einer anarchistischen Gruppierung zuzurechnen sind, berichtete die polnische Nachrichtenagentur PAP. Sie skandierten Losungen wie „Nieder mit Allem", „Alle Macht den Selbstverwaltungen", „Schluß mit den Preiserhöhungen". Anschließend gingen die Demonstranten randalierend gegen das Gebäude des Sejm, das Haus des ZK der PVAP, den Sitz des Bürgerkomitees „Solidarność" sowie das Finanzministerium vor. Die Polizei nahm vier Demonstranten fest.

aus: "Neues Deutschland" vom 15.1.90

Was sie schon immer über Braun/Skoblo

wissen wollten ...



IFLB INSTITUT FÜR LABORATORIUMSMEDIZIN BERLIN
Dr. med. Roman M. Skoblo
Arzt für Laboratoriumsmedizin
Telefon (030) 455 50 96
Montag - Freitag 7.00 - 19.00 Uhr
Blutabnahme: nüchtern bis 10 Uhr täglich
Fahrstuhl

Die "immobilien Braun", die unter anderem die Häuser im Werra-Block verwaltet, ist beileibe nicht die einzige Firma des 1984 verstorbenen Samuel Braun gewesen. Was es an Firmen, GmbH's, KG's usw. sonst noch gab und gibt, und wer heute dahintersteckt, soll im folgenden beschrieben werden.

Die erste Firma, die SAMUEL BRAUN unseres Wissens ins Leben berief, war die "FIRMA SAMUEL BRAUN EXPORT-IMPORT-VERTRETUNGEN". Sie wurde 1962 ins Handelregister eingetragen. Gegenstand des Unternehmens waren und sind "Export-Import-Vertretungen aller Art". NAch seinem Tod wurde die Geschäftsführung der mittlerweile in "BRAUN & CO EXPORT-IMPORT-GROSSHANDEL" umbenannten Gesellschaft von seiner Tochter ELVIRA SKOBLO übernommen.

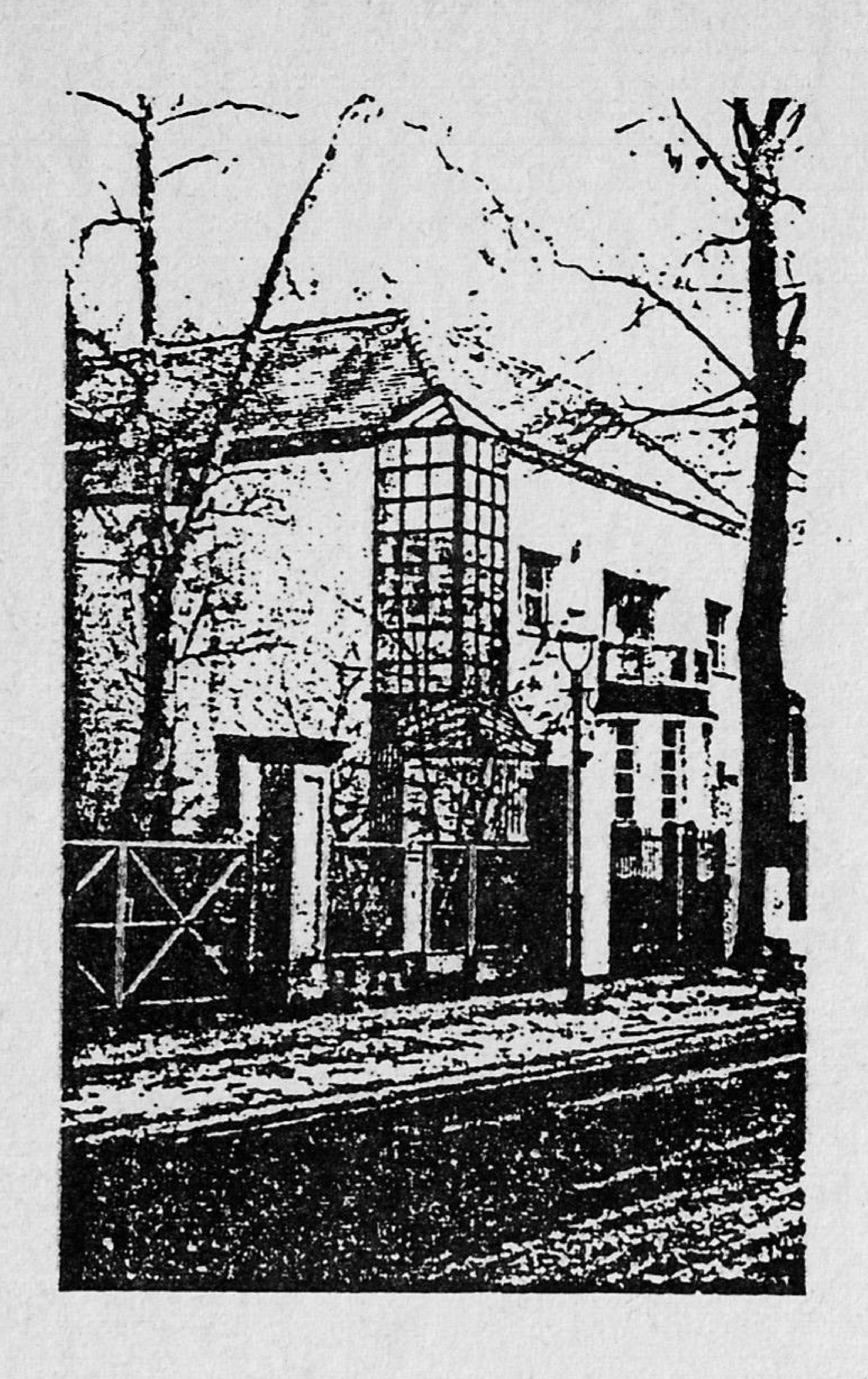
Eine Reihe von Unternehmen, die auf Samuel Braun zurückgehen, existieren heute nicht mehr. So z.B. die "SKALITZERSTR. 59a WOHNBAU KG IMMOBILIEN BRAUN GmbH", die 1979 aus dem Handelsregister gestrichen wurde. Ebenfalls aufgelöst, allerdings erst 1989, wurde die "BERLINER CHEMIEANLAGENBAU GmbH", über deren Geschäftsbereich wir leider nichts erfahren konnten. Interessant ist aber die Geschichte der FAKA-HAUS- UND GRUNDSTÜCKSVERWALTUNGSGESELLSCHAFT. In sie waren im April 1985 die nicht unbekannten Dieter Graalfs und Klaus Groth als Kommanditisten eingetreten. Schnell beherrschten sie mit dem eingebrachten Kapital die FAKA und übernahmen mit dem Eintritt der zu ihnen gehörenden AKKRET Beteiligungsgesellschaft die von nun an AQUIS genannte Gesellschaft. Elvira Skoblo als damalige (Noch-)Kommanditistin stieg im September 1986 aus.

Wie bereits erwähnt, wurde Samuel Brauns Tochter Elvira Skoblo, verheiratet mit dem Arzt Roman Skoblo, als Alleinerbin des mit 2.000.000 DM angegebenen Nachlasses bestimmt. Ganz leer ging Brauns Ehefrau Malvina Braun allerdings nicht aus: Unter anderem bekam sie damals die Geschäftsführung der "IMMOBILIEN BRAUN"

Neben dem Werra-Block verwaltet dieImmobilien Braun noch zahlreiche andere Häuser in West-Berlin, unter anderem 5 Häuser in Tempelhof: die Kaiserin-Augusta-Str 3o/31 und Gäßnerweg 77,79 und 81, die nach samuel Brauns Tod von dessen Neffen Isaak Kohn geerbt wurden. Selbiger Kohn ist laut Auskunft der Berliner Mietergemeinschaft ein HAusbesitzer, der immer wieder durch Schweinereien auffällt. Um mehr über andere Häuser Brauns zu erfAhren gaben wir eine Woche lang eine Anzeige in der taz auf. Den darauf eingegangenen Hinweisen werden wir so schnell wie möglich nachgehen und euch über die Ergebnisse unterrichten.

Neben der Geschäftsführung der Immobilien Braun bekam Malvina Braun auch die "HOTAKA GRUNDSTÜCKSVERWALTUNGSGESELLSCHAFT" zugesprochen. Der Sinn des Unternehmens besteht lt. Handelsregister in der "Verwaltung derim Hause Kurfürstendamm 1o1 befindlichen Wohn- und Geschäftsräume sowie die Geschäftsführung bei der Firma "Hotel am Kaiserdamm" GmbH & CO KG und die Beteiligung an dieser Gesellschaft. Im November 1987 wurde allerdings Roman Skoblo zum Geschäftsführer bestellt, der seitdem weitreichende Vollmachten besitzt.

Die Skoblos, wohnhaft, wie könnte es anders sein, im Grunewald, Kronbergerstr. 4, sind die eigentlich mächtigen im Firmengeflecht Brauns. Roman Skoblo leitete z.B. die Verhandlungen mit dem Bezirksamt Neukölln als es im Hinblick um den Werra-Block um die Frage Modernisierung mit öffentlichen oder privaten Mitteln ging. Er leitet, neben seiner Tätigkeit im Immobilien/Spekulantensumpf, zusammen mit I. Goerke-Staatmann eines der wenigen medizinischen Großlabors in West-Berlin, das Institut für Laboratoriumstechnik (IFLT) in der Seestr. 5o im Wedding.



In die Hände der Skoblos übergegangen ist mittlerweile, neben der Hausverwaltung, auch die dazugehörige Baubetreungs AG. Damit haben die Skoblos die alleinige MAcht und gehören, zusammen mit den anderen GmbH'S, um es vorsichtig auszudrücken, zu den nicht gerade kleinen im West-Berliner Spekulanten-Absahnergeschäft. Das Bild versollständigt sich vielleicht, wen mensch weiß, daß Roman Skoblo neben dem Weddinger Institut noch mehrere medizinische Ausbildungsstätten in der Schweiz sowie eine Villa in FloridA sein eigen nennen darf.

Zu guter letzt, wobei uns vieles wahrscheinlich auch entgangen ist, sei noch das HOTEL SAVOY in der Fasanenstr. zu nennen, das, wie das Hotel am Kaiserdamm, ebenfalls eine GmbH & CO, ebenfalls den Skoblos gehört



Adressen:

Roman und Elvira Skoblo, Kronbergerstr. 4, 1ooo Berlin 33, Tel: 8264381
Inst. für Lab.medizin, Seestr. 5o, 1ooo Berlin 65, Tel: 4555o96
Malvina Braun, Kronbergerstr. 24, 1ooo Berlin 33, Tel: 8258o13
8262oo1
Immobilien Braun, Bismarckstr. 1o6, 1ooo Berlin 12, Tel: 3123o35

HANNOVER
2. Januar 1990

SPRENGEL INFO



In der Nordstadt wird in den ersten Wochen des nächsten Jahres eine neue Polizeistation eingerichtet. Die Dienststelle soll in ein Gebäude an der Kopernikusstraße/Ecke Engelbosteler Damm einziehen. Sie befindet sich damit genau zwischen den beiden Brennpunkten des Stadtteils, dem unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße und dem Sprengelgelände – in der Vergangenheit häufige Ziele von Polizeieinsätzen.

HAZ 29.12.89

Lange haben wir nichts von uns hören lassen und haben viel zu wenig Informationen herausgegeben. Was bekannt wird, wird ÜBER uns geschrieben, in Form von Presselügen, und nicht VON uns. Mit diesem INFO-FLUGBLATT wollen wir einen Überblick über die letzte Zeit und den jetzigen Stand geben. Darüberhinaus wollen wir eine genauere Diskussion um Strukturen und politische Perspektiven. Dazu ist ein Beitrag für die nächste RAZZ geplant.

RÄUMUNGSKLAGE

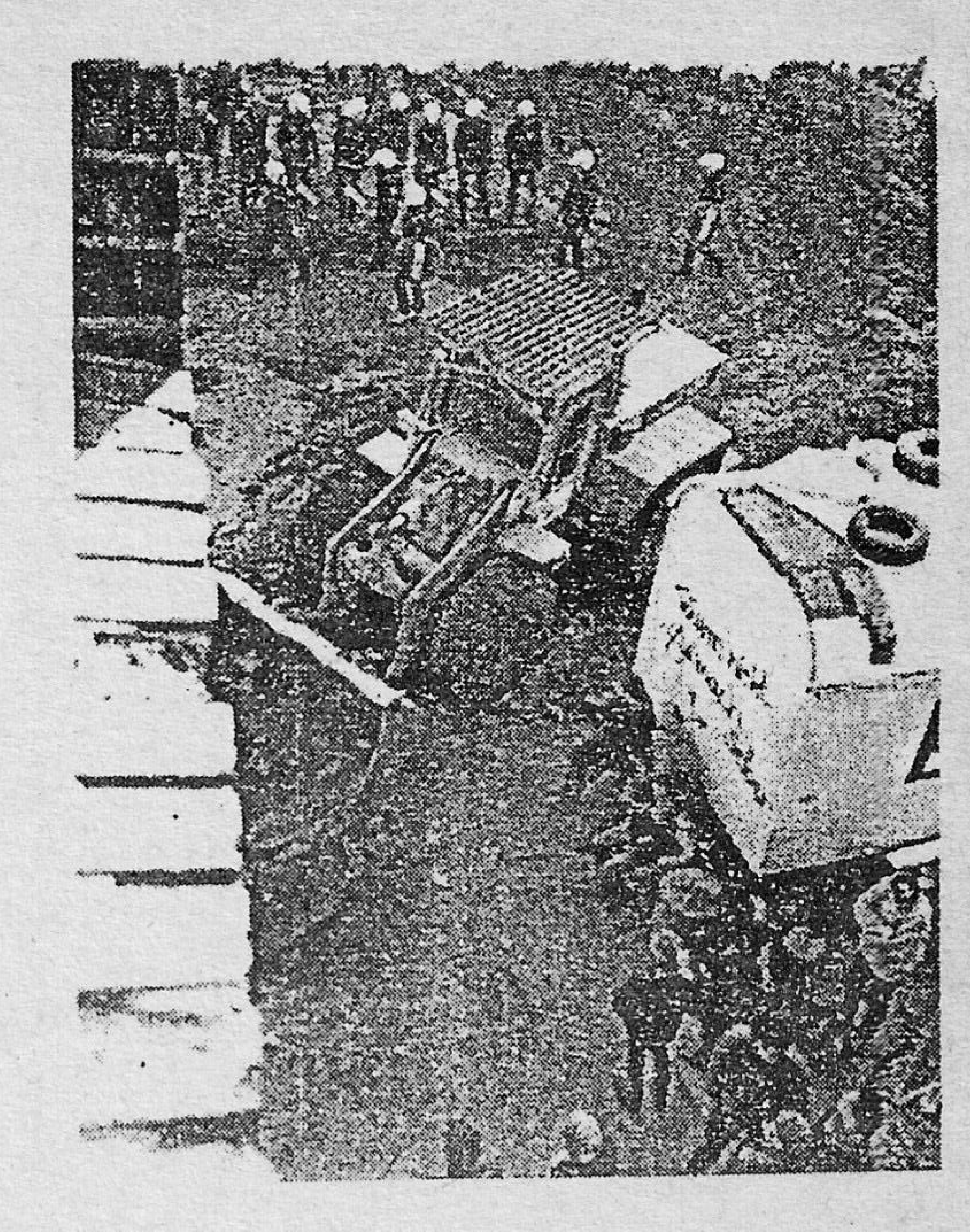
Die Klage der Stadt wurde am 24.4. in erster Instanz vom Landgericht Hannover abgewiesen. Danach ging die Stadt beim Oberlandesgericht Celle in Revision, wobei wir uns auf juristische Gegenargumentation beschränkten. Am 18.12.89 war die erste Anhörung (öffentlicher Gerichtstermin) in Celle. Das Gericht ging nicht weiter auf die Verleumdungen der Stadt (angebliche Beschädigungen der Kindertagesstätte, angebliche Untervermietung an Dritte) ein, will aber eventuell im Zusammenhang mit der Ablehnung des Fabrikprojektes durch den Verwaltungsausschuß, Zeugen hören.
Am nächsten Gerichtstermin (17.1.90) wird das Gericht entschieden haben, ob eine Beweisaufnahme nötig ist. Nach Einschätzung eines unserer Anwälte heißt das, entweder sie prüfen, ob ohne Fabrikprojekt die Vertragsgrundlage entfallen ist, oder sie fällen gleich ein Urteil zu unseren Gunsten.

Wir mobilisieren aus juristischen Gründen nicht zu den Verhandlungen in Celle. Obwohl wir wissen, daß die Justiz eine Justiz der Herrschenden ist, mußten wir uns auf die juristische Ebene einlassen, da wir nicht die politische Stärke besitzen, Sprengel gegen ihren ganzen Apparat durchzusetzen. Das soll aber nicht heißen, daß wir der Justiz vertrauen und auf ein "gerechtes" Urteil hoffen.

BRAND UND WIEDERAUFBAU

Die Brandursache ist nach wie vor ungeklärt.
Wir finden gut, daß es einige Hilfe von außen gab, auch von BürgerInnen aus der Nordstadt, z.B. in form von Kleiderspenden. Das Verhältnis zur Nachbarschaft ist besser geworden. Wenn es Beschwerden gbibt, werden sie direkt an uns gerichtet und nicht die Bullen gerufen. Einzelne SprengelhasserInnen wird es aber wohl immer geben.
Die ersten Tage nach dem Brand wurde wild losmalocht. Die erste Etage wurde leergeräumt, der Putz abgeschlagen und die verkohlten Fenster entfernt. Nach einer Weile war die Luft raus und die Arbeit geriet ins Stocken. Nur noch wenige Leute fühlten sich zuständig. Hauptproblem sind immer noch die Fenster, da Nässe und Kälte ungehindert ins Haus ziehen. Gearbeitet wird weiterhin, 10 Fenster sind eingeglast, allerdings nur 1 aus der ersten Etage.

An dieser Stelle wollen wir heißen Dank an alle solidarischen Gruppen und Einzelpersonen loswerden, die uns mit Rat und Tat zur Seite standen. Von der Stadt haben wir keine Hilfe erwartet und bekommen, außer einem Container nach einer Woche, als der Schutt schon vorm Haus lag. Allerdings kommen uns beim Aufbau die Fenster sehr zugute, die wir uns bei der Renovierung des Bauordnungsamtes geholt haben. Als die Stadtbüttel mitbekamen, WER da die Fenster abholt, verboten sie den Abtransport. Da hatten wir aber schon genug. Besten Dank und Ätschi-Bätschi ans Bauordnungsamt. Wir gönne euch auch eine kalte Butze und viieel mehr!
Wir haben gehört, daß uns die Stadt 70.000,-DM Winterhilfe zur Verfügung stellen will.
Das hat die GABL in den Haushaltsverhandlungen durchgesetzt. Wir vermuten daß sie ihre Handwerker nach ihren Plänen ins Haus schicken wollen. Wir halten aber lieber an der Selbsthilfe mit



solidarischer Unterstützung fest und wollen das Geld direkt oder in Form von Baumaterial.

VERTRAGS - "ANGEBOT" DER SPD

Vor Monaten arbeiteten wir noch auf das Fabrik-Projekt hin. Wir führten mit dem Trägerverein Gespräche mit der SPD und erstellten ein Konzept für ein Renovieren, Wohnen und Arbeiten in der Fabrik.
Der Verwaltungsausschuß lehnte das ab und stellte die Fabrik "anderen Nutzergruppen" zur Verfügung, die es nicht gab und nicht gibt.
Nach dem 28.11. kam dann das "Konzept" der SPD für einen neuen Vertrag.
Dies beinhaltete u.a.:

- nur die Kofferfabrik darf genutzt werden
- nur die alten VertragsInhaberInnen bekommen einen neuen Vertrag
- wir brauchen einen "anerkannten" Träger, also nicht den Trägerverein "Sprengel"
- die Sanierungskommission soll uns kündigen können, wenn sie uns für nicht "sozialverträglich" hält oder wenn wir gegen "Mindestverhaltensregeln" verstoßen, in dem wir z.B. ihre "Sanierungsziele behindern".

BAUWAGEN AUF DEM SPRENGEL DURCHSETZEN!

- "erfahrene Sozialplaner" sollen einen "sozialen Gesamthilfeplan" an uns durchführen, in dessen Rahmen u.a. "berufsorientierte Maßnahmen angeboten" werden.

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen mit der GABL wurden dann einige Punkte verändert:

So sollen jetzt auch andere als die alten VertragsinhaberInnen neue Verträge bekommen können. Außerdem entfällt die Kündigungsmöglichkeit der Sanierungskommission und aus den vertraglich festgeschriebenen "Mindestverhaltensregeln" wurden "Erwartungen".

Unklar ist nach wie vor, wie groß die Freiflächen zum Haus sein sollen.

Was vom SPD-Vorschlag bleibt, ist u.a. die Beschränkung auf ein reines Wohn-Projekt. Für NutzerInnengruppen wie Kino, Werkstätten, politische Gruppen ist kein Platz. Ein von ihnen nicht kontrollierbares reges Kulturleben und eine weitere Entfaltung von politischem Widerstand soll damit verhindert werden.

Die "sozialtherapeutische Betreuung" durch SozialarbeiterInnen schlägt in die selbe Kerbe:

Die Stadt will endlich dauerhaft ihre Leute in der Kofferfabrik haben, uns direkt überwachen. Wir sollen zwangsbeschäftigt, politisch ruhig gestellt und in unserer Lebensweise ihren Normen angepaßt werden.

Und was die SozialarbeiterInnen nicht schaffen, sollen dann - wie gehabt - die Bullen erledigen.

Schließlich ist immer noch völlig unklar, ob die SPD insgesamt ein Verhandlungsergebnis akzeptieren und im Rat dafür stimmen würde. Die rechte SPD unterlag bisher in der Partei nur sehr knapp mit ihrer Position, nach dem Verfahren in Celle, wenn rechtlich möglich, sofort zu räumen.

B A U W A G E N

Bis zum 20.11.89 sollte der gesamte Bereich hinter der Kofferfabrik von den BewohnerInnen der Bauwagen verlassen werden. Da diese Fläche aber zum "Bewohnen", wie auch für Werkstätten benötigt wurde, wollten wir sie nicht so ohne weiteres hergeben. So wurde beschlossen, die Wagen erst kurz vor Ablauf der Frist wegzuziehen. Unser Irrtum war, zu glauben, der "Rechtsstaat" hätte es nötig, sich an seine eigenen Ultimaten zu halten.

Tatsächlich stürmten die Bullen auch schon vor 10 Uhr den Platz. Trotz der beiden Treffen, die es im Haus dazu gab, waren wir auf die Räumung schlecht vorbereitet. So gab es z.B. keine gemeinsame Vorbereitung mit den Menschen, die zu unserer Unterstützung gekommen waren. Es gab auch keine Absprachen, ob und wie ein vorzeitiges Eindringen der Bullen verhindert werden kann, einige Sachen mußten erst kurzfristig organisiert werden, als die Bullen den Platz schon längst abgesperrt hatten.

Es war offensichtlich, daß die Bullen im Zuge der Bauwagenräumung auch ins Haus wollten.

Durch ständige Provokationen (sie machten den Einsatz zur Siegesfeier), sollte eine Eskalation herbeigeführt werden, um eine Hausdurchsuchung zu legitimieren. Wir denken, daß diese Aktion ein Winkelzug der reaktionären Stadtverwaltung (identisch mit dem rechten SPD-Flügel) war. Sie kann uns politisch nichts entgegensetzen. Deshalb soll in der Öffentlichkeit und vor allem beim OLG Celle, wo am 17.1.90 weiter über die Räumungklage entschieden wird, ein Bild von uns aufgebaut werden, das von ständiger Unruhe und "unumgänglichen" Bulleneinsätzen geprägt ist.

Inzwischen gibt es eine neue Räumungsandrohung für die mittlerweile auf die Freifläche zwischen Kofferfabrik und Mitteltrakt zusammengepferchten BauwagenbewohnerInnen. Die Bauwagensache ist für uns diesmal kein kleiner Konflikt, wo wir uns durchstokeln werden, sondern er ist elementar.

Die BauwagenbewohnerInnen sollen diesmal ganz vom Gelände vertrieben werden, 15 Menschen sollen obdachlos gemacht werden.

Sprengel soll zurückgedrängt, zerstückelt, gespalten und ruhiggestellt werden. Deshalb werden wir uns diesmal genauer auf die kommende Räumung vorbereiten.

Die Eörterungsfrist läuft am 5.1.(Freitag) ab. Wir erwarten, daß sie uns kurz danach auffordern, die Fläche innerhalb weniger Tage zur räumen, auf jeden Fall noch vor dem Gerichtstermin am 17.1.90.

Am MONTAG, den 8.1.90 um 20.30 Uhr findet dazu ein ÖFFENTLICHES PLENUM in der Sturmglocke statt, wo wir überlegen wollen, wie wir uns verhalten und die Bauwagen durchsetzen wollen.



SCHADE, SCHADE

Brennen sollte das Scheiß-Ding in den frühen Morgenstunden des 4. Januar 1990.
Mit einem Sachschaden und spektakulären Flammen wollten wir unseren Kampf gegen das zur Zeit wichtigste Projekt der Herrschenden der BRD "Deutschland", die Wiedervereinigung, einläuten.
Das Ziel war gut gewählt. Ein Info-Bus der Bundesregierung buchstäblich bis zum Dach gefüllt mit Propagandaheften für DDRlers. In diesen Heften ist zu lesen, wie geil doch das System in der BRD ist und jeder/m DDRlerIn muß beim Lesen dieser Zeilen klar werden, daß dieses System auch in der DDR eingeführt werden muß.
Nach dieser Darstellung, wie super die BRD ist, kommen die praktischen Tips, wo und wie die DDRlerInnen hier an Kohle kommen können etc.
Alles im knappen schwarz-rot-gelben Einband um die "Einheit der Nation" schon auf den ersten Blick in den Schädel zu kriegen. Zur besseren Orientierung trägt der Propagandabus eine entsprechende Lackierung.
Im Zentrum Göttingens, auf einem öffentlichen Platz hatten unsere Flammen sofort für genügend Aufsehen gesorgt und der Sabotagegehalt unserer Aktion wäre auch nicht zu unterschätzen gewesen.

Inhaltlich geht es darum, endlich was gegen das Projekt "Deutschland" zu unternehmen. Die Wiedervereinigung bedeutet für uns die ziemliche Einmache. Einher mit dem "neuen" Nationalismus geht ein heftiger Rechtsruck.
Insbesondere bei der Bevölkerung derDDR finden momentan linke Ideen keinen sonderlichen Zuspruch. Aber auch in derBRD gehen die Uhren rückwärts. Selbst die SPD schwelgt wieder in schwarz-rot-gelben Träumen.
Dabei fällt die Propaganda derHerrschenden zur Zeit aufden fruchtbarsten Boden: "Der Osten ist am Ende - der Westen ist am Besten", so ungefähr die Prümitivlogik.
Damit wird mit allem was als links angesehen wird, gleich aufgeräumt. Weltweit wird es durch den Wegfall der Unterstützung der Staaten des ehemals real-exorzierenden Sozialismus den Befreiungsbewegungen wie PLO, SWAPO usw. und Ländern wie Angola, Vietnam, Nicaragua etc. erheblich schlechter gehen. Das große Rollback kündigt sich an. Die große Einmache zeichnet sich insbesondere auch für die "Linken" in der BRD ab. Ein vereintes Deutschland wäre eine europäische Großmacht, die geläutert von den Verbrechen des NS-Systems dastehen würde.
"Deutschland"hieß aber auch immer Preußen und das Ordnung und Sabberkeit. Lange Rede kurzer Sinn - mit diesem Deutschland wird es auch für uns düster werden.
Vor allem den autonomen/antiimperialistischen Widerstand in der BRD werden sie sich vornehmen. In der DDR gibt es diesen Widerstand in dieser Form nicht.
Erstmal werden sie unsere Zentren zerschlagen. Ein kleiner Vorgeschmack war Sylvester/Hafenstraße. Mittlerweile gibt es kein Zentrum in der BRD, das nicht mehr oder weniger akut von der Schließung bedroht ist. Die zweite Schiene wird die Kriminalisierung des Widerstandes sein.

Ihre Maßnahmen werden sie parlamentarisch sauber durchziehen - rechtsstaatlich.
Der allgemeine Rechtsdruck gibt ihnen nicht nur die Legitimation in der Öffentlichkeit, sondern auch die parlamentarischen Mehrheitskonstellationen. Wir dürfen z.B. nicht vergessen, daß allein 1989 über eine Million Deutsche in die BRD eingewandert sind, vor allem aus der DDR, Polen und anderen Ostblockstaaten. Diese Menschenn wissen in der Regel nicht viel über die BRD und den Imperialismus. Sie kommen hierher wegen der Wohlstandsattribute.
Den Rest erledigt die Informatiospolitik für die "Aus- und Übersiedler" der Bundesregierung. Diese Menschen sind deshalb erstmal nicht für linke, sondern für rechte xxx Ideen zu gewinnen (wir sprechen aus persönlicher Erfahrung).
Resultat: Politisch werden SPD, CDU und rechtere Parteien gestützt.
Das wiedervereinigte "Deutschland" ist ein Projekt, daß es dem deutschen Kapital ermöglicht, noch mehr Einfluß auf das West-Europe-Konzept zu gewinnen, mit ihm können sie es politisch bestimmen.
Es ist deshalb höchste Zeit, daß wir was dagegen unternehmen, möglichst zusammen mit Leuten in der DDR.

Unsere Aktion hat nicht geklappt, weil . sie entweder zu früh entdeckt wurde oder wir einen Fehler gemacht haben. Ein Molli war es nämlich nicht, der hatte den Bus mit Sicherheit geschafft. Wir haben die klassische Variante: 5 Teile U-Ex, 1 Teil Zucker in 2 Joghurtbechern, xxxxxxxx mit je drei Räucherstäbchen auf je einem 5l Kanister gewählt. Vorher hatten wir eine Seitenscheibe neben dem Fahrersitz entfernt. Wir glauben, daß wir das Ex zu früh abgefüllt haben. Es stand schon ab nachmittags nicht abgedichtet bereit. In dieser Zeit hat es wahrscheinlich soviel Feuchtigkeit aus der an diesem Tag doch relativ hohen Luftfeuchtigkeit aufgenommen, daß es nicht mehr zünden konnte.
Macht also unseren Fehler nicht nach, abfüllen möglichst direkt vor der Aktion, alle Behälter gleich wieder luftdicht verschließen.
Nicht traurig sein.
Das nächste Mal klappts bestimmt.
Mit autonomen Grüßen

NIE WIEDER DEUTSCHLAND!

SONNABEND/SONNTAG, 6./7. JANUAR 1990

Göttinger Tageblatt

Brandanschlag auf Bus der Regierung

Göttingen (bs). Unbekannte verübten am Donnerstagmorgen einen Anschlag auf den Informationsbus der Bundesregierung für DDR-Bürger auf dem 82er-Platz. Die Täter schmissen einen „Molotow-Cocktail" durch ein Fenster in den Bus. „Es kam zum Glück nicht zum Brand", erklärte Hans-Jürgen Wilke vom Bundespresseamt in Bonn auf GT-Anfrage. Seit dem 9. Dezember 1989 steht der Info-Bus am Geismar Tor – einer von zwölfen im Bundesgebiet. Der Anschlag vom Donnerstag hat Folgen. Das Bundespresseamt: „Der Bus kommt in Göttingen woanders hin".

PROZESSE WEGEN INGRID-STROBL-DEMO AM 11.2.89 IN ESSEN

Am 11.2.1989 demonstrierten in Essen 10.000 Leute für die Freilassung von Ingrid Strobl, für die Abschaffung der Sonderhaftbedingungen und für die Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand in selbstbestimmten Gruppen, sowie für die Abschaffung des Gesinnungsparagraphen 129 a StGB. Weitere inhaltliche Schwerpunkte der Demonstration waren: Einstellung aller Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit den bundesweiten Durchsuchungen und Verhaftungen vom 18.12.1987 i.B. auf Gen- und Reproduktionstechnologien und Sextourismus.
Aktueller Anlaß der Demonstration war der zum 14.2.1989 anstehende Prozeßbeginn gegen Ingrid Strobl, die zwei Tage nach der bundesweiten Razzia vom 18.12.1987 verhaftet wurde und inzwischen von OLG Düsseldorf wegen eines Weckerkaufs zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Zudem befanden sich zum Zeitpunkt der Demonstration zahlreiche Gefangene aus RAF und Widerstand im Hungerstreik.

Die Demonstration wurde von einem großen Frauen- und Lesbenblock angeführt, im übrigen Demonstrationszug war das autonome Spektrum stark vertreten.
Schon zu Beginn der Demonstration wollte die Einsatzleitung der Polizei die DemonstrantInnen um den zweiten Lautsprecherwagen angreifen lassen. Da sich um diesen Lautsprecherwagen - nach Meinung der Polizei - die gewaltbereitesten DemonstrationsteilnehmerInnen versammelten. Dies bestätigte sie später gegenüber der Demonstrationsleitung. Aufgrund des für sie ungünstigen Kräfteverhältnisses verzichtete sie darauf. Nachdem die Polizei die Demonstration um eine Stunde verzögert hatte, wurde schließlich ein Polizeispalier entlang des Demonstrationszuges gebildet und dieser unter etlichen Provokationen durch die Polizei zum Abschlußkundgebungsort zwischen Knast und Polizeipräsidium geleitet.

Dort, am Abschlußkundgebungsort, während eines Redebeitrages, startete die Polizei ihren Angriff gegen die ihr mißliebigen DemonstrationsteilnehmerInnen. Später begründete die Einsatzleitung ihren Einsatz damit, daß eine kleine Gruppe innerhalb tausender DemonstrationsteilnehmerInnen Pflastersteine ausgegraben hätte.
In der Innenstadt traute sich die Polizei nicht die Demonstration aufzulösen. Einmal schreckte sie die hohe Anzahl der TeilnehmerInnen, zum anderen deren entschlossenes Auftreten. Hier, zwischen Polizeipräsidium und Knast, standen ihr SEKs, Videoüberwachung und Polizeireserven zur Verfügung. Konzentriert gingen dann die SEK-Kommandos gegen den vermeintlichen "schwarzen Block" vor. In Rambo-Manier wurde die erste Reihe der VersammlungsteilnehmerInnen verprügelt. Durch den Gebrauch von Tonfas und normalen Schlagstökken gab es zum Teil schwere Verletzungen im Gesicht, Prellungen, Brüche und viele Platzwunden. Am Ende der Demonstration mußte der Ermittlungsausschuß mindestens 44 (!) verletzte und 9 verhaftete DemonstrationsteilnehmerInnen registrieren.

Gegen 8 DemonstrationsteilnehmerInnen, die im Zusammenhang mit dem Polizeiüberfall auf die Abschlußkundgebung verhaftet wurden, wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zwei Verfahren wurden inzwischen eingestellt, in einem Verfahren erging ein Strafbefehl und die übrigen fünf Verfahren wurden zusammengelegt; inzwischen wurde Anklage erhoben.
Diesen fünf Angeklagten wird in Kürze in Essen vor dem Schöffengericht der Prozeß gemacht!
Ihnen wird schwerer Landfriedensbruch, teilweise Widerstand, Körperverletzung und anderes vorgeworfen. Die Anklage der Polizei und Staatsanwaltschaft stützt sich auf die Konstruktion, daß sie von einem einige hundert Personen starken "Block" ausgeht, der gemeinsam geplante Gewalttätigkeiten abgesprochen hätte.

Deshalb fordern wir Euch auf:

- macht mit uns diesen Prozeß öffentlich
- laßt die Angeklagten nicht vor dem Gericht allein
- spendet Geld zur Unterstützung der Angeklagten

Spenden an: H.D.Schachta, Sonderkonto, Postgiroamt Essen,
Kto-Nr.: 4522 49-439 .

Schickt Zeugenaussagen über den Polizeiüberfall bei der Abschlußkundgebung an:
Rechtshilfe Essen, Kortwiese 3, 4300 Essen 13

BRIEF VOM VERFASSUNGSSCHUTZ

Dieser Brief wurde im letzten Herbst ca. 30 bis 40 GenossInnen der Münchner antiimp./autonomen Szene zugeschickt. Auf der Rückseite befand sich ein vor einiger Zeit erschienenes Flugblatt, in dem ein anderer Anwerbeversuch des VS dokumentiert wird. Der VS-Schreiberling hat nur den Zusatz "Adelheid lügt" hinzugefügt.

A. hat es dringend nötig, über die wahren Hintergründe und den Verlauf ihrer Kontakte zum Verfassungsschutz München zu lügen, denn:

- wer sich selbst öffentlich als "ROTE ZORA" bezeichnet, ist doch reichlich blöd, oder?

- wer Mitgenossen als "brunzblöd und ungebildet" (Zitat A., tut uns leid R., aber so ist es nun mal) bezeichnet und dies in aller Öffentlichkeit, ist das abstößendste Beispiel für den Umgang in der Szene, der andererseits gerade von ihr immer kritisiert wurde.

- wer behauptet, bei der Ansprache "zugeschlagen" zu haben, dies aber genausowenig wie die "militante Drehung" drauf hat, will wohl nur den leeren Anspruch von Militanz nach außen demonstrieren.

Außerdem:

1. Jedes Gespräch mit dem VS ist völlig unverbindlich und wird selbstverständlich vertraulich behandelt, auch wenn ihr den Kontakt zum VS wieder abbrecht.

2. Ein Gespräch mit dem VS und eine konkrete Auseinandersetzung mit dessen Argumenten ruft offensichtlich bei A. regelrechte Panik hervor ("Glaub ihm kein Wort" usw.). Sie muß ja auch Angst vor der Wahrheit und dem besseren Weg haben !

3. Wer behauptet, die Szene biete "Liebe und Kraft" irrt doch zumeist. Denkt nur einmal an den Umgang untereinander und das vorherrschende Mißtrauen. Liebe und Kraft - ein Wunschtraum ?

Deshalb: ES REICHT! SCHLUSS DAMIT!

ICH STEIGE AUS!

Ruf an und vereinbare ein Gespräch! Jeder Anrufer bleibt 100 % anonym! Wir kommen auf dich zu, deine Bedingungen sind zumeist für uns annehmbar.

Tel.Nr. 089/22 59 364

September 198[illegible] ca. [illegible]

hauses, -nach ca. einer Woche Observation.
kurzer, unfeiner dialog mit VS Ratte RAUSCHER
(dass es sich um genau diese type handeln muss, basiert auf INFO-austausch)

JETZT REICHTS 'schon lang- schon viel zu lang ist der observationsTERROR
tägliche normalität und schon viel zu lang dauert das runterwürgen der wut

ADELHEID LÜGT

Rauscher
beschreibung
ca 35-37 Jahre alt
pralle Wampe
unter blau-weiss-rot
gestreiftem Hemd
brauner Anorak
kurz gestutzter Backenbart
Basedow-Augen
und
grosser schwarzer Stockschirm

Läuft mir genau in den Weg, grinst mich an und sagt:
" Hallo A wie gehts der roten Zora."
Ich - zische mit Nachdruck : Arschloch."
Darauf er - und geht mir nach : " Mehr als die Fäkaliensprache haben Sie (oder sagte er DU ?) wohl nicht drauf."
Ich " Mit Typen vom Verfassungsschutz rede ich nicht."
Er, etwas zögernd, süffisant : " Woher wollen Sie das so genau wissen. ".
Ich drohend-sauer, dreh ne militante Kurve auf ihn zu, dicht unter seine grinsende Visage und fauche :
" Das sehe ich " gebe tempo und rausche ab.
die geschichte geht weiter. genau einjahr später im SEPTEMBER 89 nutzt er diesen dialog, als infame AUSTRICKSE für einen wiederholten 'anwerbungsversuch ' auf seiner Spitzel - und Bestechungstour 89 um druck zu machen und behauptet sich mit mir brandfrisch + aktuell über den intelligenzquotienten des angemachten unterhalten zu haben.
hat mir gereicht + ich hab zugeschlagen ! no pasaran !

A = MC 3

31

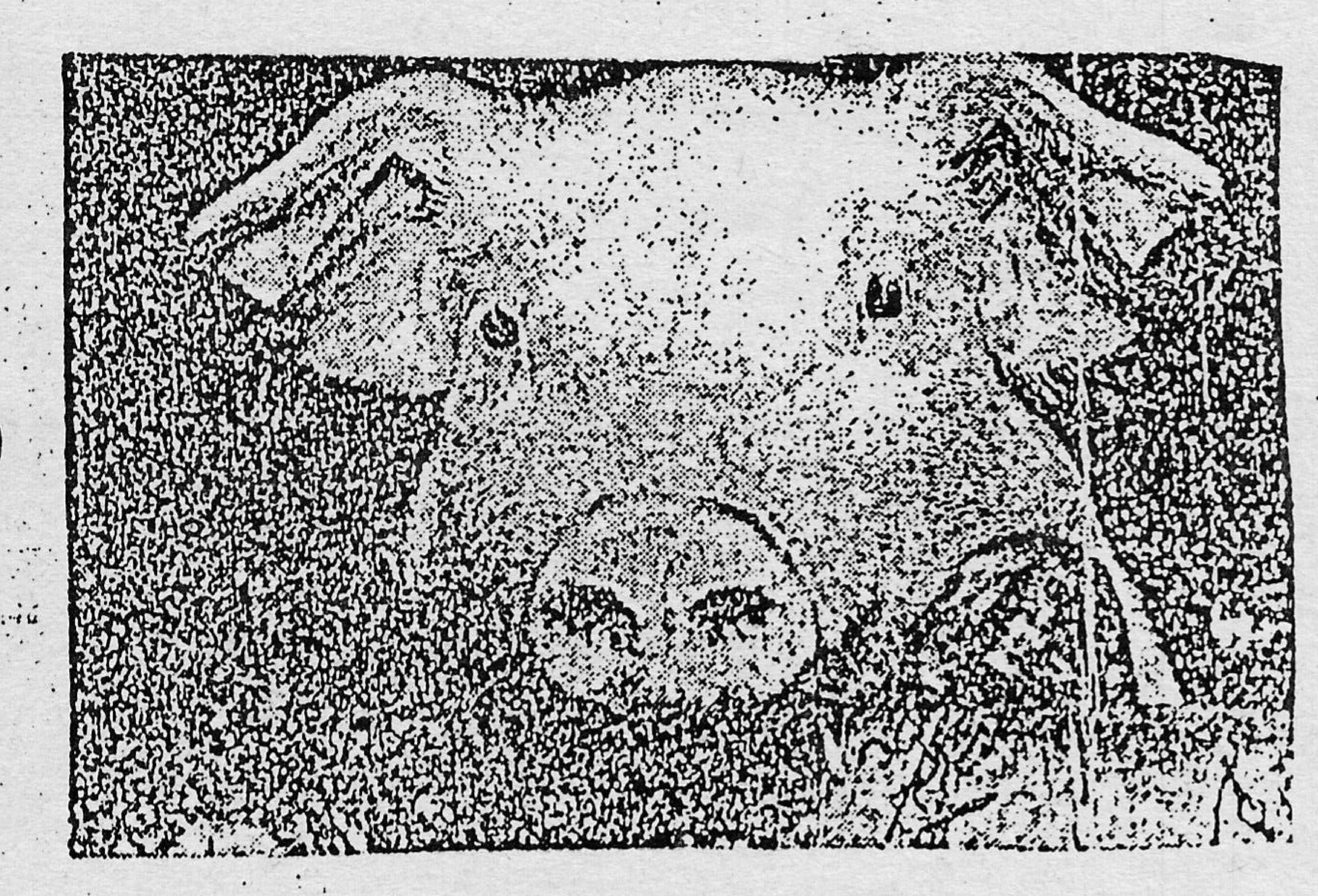


Wenn das Telefon knackt.........

Verfassungsschutz Anwerbeversuch in Saarbrücken

Etwas zu meiner Vorgeschichte

Ich war früher beim Bundesgrenzschutz(BGS) und habe dort nach drei Jahren Ausbildung aufgehört. Seitdem versuchte ich diese Zeit zu vergessen und vermied es mit anderen Leuten darüber zu reden. Besonders in der " Szene " habe ich mich einem großen Druck und Anspruch ausgesetzt, da ich befürchtete aufgrund meines früheren Berufes keine Akzeptanz zu finden.
Solche individuellen Probleme und Ansprüche, letzlich auch aus bestimmten Szenenkreisen forciert, bieten dem Verfassungsschutz (VS), wie es sich mehrmals gezeigt hat, eine Angriffsfläche.
Am 13.12.89, kurz vor Abschluß meiner neuen Lehre, suchte mich eine junge Frau an meiner Arbeitsstelle auf. Sie gab vor, Angehörige einer Verwaltungsstelle im Bundesministerium des Innern (BMI) zu sein, die sich mit dem Ausscheiden von ehemaligen Beamten des BGS befaßt. Sie wollte mit mir übër meine ehemalige Tätigkeit beim BGS reden und die Gründe erfahren, warum ich dort " ausgeschieden " bin. (Die Zahl derer, die beim BGS aufhören ist relativ hoch, weshalb mir die Sache auch einleuchtend erschien.)
In diesem Gespräch erzählte ich ihr, wie es beim BGS war, sowie Gründe und Ursachen warum ich aufgehört habe. **Erst im Verlauf der Unterhaltung bemerkte ich, daß sie** sich nicht nur für meine frühere Tätigkeit interessierte, sondern auch für meine heutigen Vorstellungen. Auf Fragen









" Was machst Du denn sonst so " oder " Es ist doch merkwürdig, daß so viele ehemalige Angehörige des BGS in extremer Weise das Lager wechseln, wie z.B. Autonome " ging ich nicht ein, sie versuchte aber immer wieder darauf zurückzukommen. Während des Gesprächs bemühte sie sich um eine vertraute Atmosphäre, indem sie u.a. auch über persönliche Interessen (z.B. Urlaub) sprach.

Über das Geschehene redete ich mit einigen Leuten und wurde daraufhin zunehmend mißtrauischer. Viele vorher unbeachtete Einzelheiten wurden mir bewußt.

z.B. - sie kam auf meiner Arbeitsstelle zielgerichtet auf mich zu, wußte also wie ich aussehe
- in ihrem Dienstausweis war nur der Eintrag Beamtin, normalerweise wird die genaue Dienstbezeichnung genannt
- sie ging nicht näher auf meine Fragen nach dieser Verwaltungsstelle ein
- sie hatte bereits ein Cafe ausgesucht

Ein paar Tage später erkundigte ich mich im BMI über diese Verwaltungsstelle(vor dem ersten gespräch lies ich mir ihren Dienstausweis zeigen: Sabine Bracht, Beamtin). Dort wußte weder jemand über die Existenz einer solchen Verwaltungsstelle, noch über Sabine Bracht Bescheid. Kaum hatte ich den Hörer aufgelegt klingelte das Telefon; es meldete sich Sabine Bracht. Sie bat um ein weiteres Treffen. Um mir Klarheit zu verschaffen, ob Sabine Bracht eine Mitarbeiterin des VS ist, vielleicht auch um "detektivische Arbeit " zu leisten willigte ich ein.

Die Vorstellung vom VS etwas zu erfahren ist illusorisch! Man sollte nicht vergessen, daß bei dieser " Institution" professionelle Spitzel und Denunzianten agieren.

Zu Beginn des Gesprächs fragte ich sie, von welchem " Verein " sie kommt. Ihre Antwort: Verfassungsschutz Köln, daraufhin legte sie mir einige Fotos vor (auf denen ich z.T. vermummt zu sehen war); sie wollte mit mir darüber reden.

Einige Fragen und Aussagen von ihr:
- sie begann ihre Befürchtungen auszudrücken, daß ich mich im Umfeld der RAF bewege. Darüber wollte sie mit mir reden und diskutieren
- sie habe Angst, daß ich irgendwann auf der Fahndungsliste stehe
- sie versteht sich als besonders kritische Verfassungsschützerin und ist froh, daß solche wie sie bei dem Verein sind
- sie fragt, ob ich das Aussteigermodell gut finde

Auf diese Fragen ging ich nicht ein, versuchte jedoch etwas mehr über sie zu erfahren, worauf sie antwortete: " Wenn Du nichts erzählst", kann ich auch nichts erzählen".

Hier ist wichtig, daß jede Minute mit solchen VS - Spitzel zuviel ist. Sie erfahren immer mehr über Dich, auch wenn Du auf keine konkreten Fragen eingehst!

Abschließend erscheinen mir mehrere Punkte hinsichtlich der Vorgehensweise des VS wichtig:
- Der VS wußte, daß die Ausbildung bim BGS eine schlimme Zeit für mich war und ich nur mit wenigen darüber geredet habe
- Der VS hat die Unsicherheit und das Bedürfnis über meine frühere Tätigkeit zu reden ausgenutzt, ohne daß ich überlegt habe, welches Interesse ich an einem Gespräch mit einer Frau vom BMI habe!

So oder ähnlich laufen die VS- Anwerbeversuche seit Jahren. Oft sind es Schwächen und Probleme von Leuten, anhand derer der VS Einschüchterung und Druck ausübt. Um diesem Vorgehen offensiv entgegenzutreten ist es wichtig, der Oberflächlichkeit, Verschlossenheit und Kurzfristigkeit von Beziehungen innerhalb der Szene entgegenzuwirken, damit solche Anwerbeversuche von Beginn an zum Scheitern verurteilt sind.

Todesurteil gegen schwarzen Journalisten in den USA bestätigt

Der nachfolgend abgedruckte Aufruf wurde von der Amerika-Gegeninformationspresse in Bremen veröffentlicht. — (scc)

Am 6. März 1989 hat der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania das Todesurteil gegen den bekannten schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal bestätigt. Damit hat die höchstrichterliche Instanz eines US-Bundesstaates die Berufung gegen die 1982 ausgesprochene Todesstrafe verworfen und alle in der Berufungsbegründung gerügten Verletzungen verfassungsmäßiger Garantien für rechtens erklärt.

Mit dieser Entscheidung ist die Wahrscheinlichkeit, daß Mumia Abu-Jamal hingerichtet wird, größer geworden. Eine internationale Kampagne soll verhindern, daß dieser engagierte Journalist zum Schweigen gebracht wird.

Wer ist Mumia Abu-Jamal?

Zu Zeiten der schwarzen Bürgerrechtsbewegung machte Abu-Jamal als Jugendlicher seine ersten Erfahrungen mit rassistischer Polizei und fanatischen Weißen, die nicht bereit waren, die minimalsten Menschenrechte der 30 Millionen Schwarzen in den USA anzuerkennen. Abu-Jamal radikalisierte sich durch diese Erfahrungen und erlernte in den Kultur- und Informationsabteilungen der Black Panther Party (BPP) in New York und San Francisco das Handwerk der Öffentlichkeitsarbeit und Zeitungsherstellung. 1970 wurde er Mitbegründer einer Ortsgruppe der BPP in seiner Heimatstadt Philadelphia. Er erlebte das COINTELPRO (Counterintelligence Program) — ein vom FBI zur Zerschlagung der Schwarzenbewegung eingeleitetes „antisubversives Geheimdienstprogramm" — bei Polizeirazzien gegen das BPP-Büro am eigenen Leib, wurde vorübergehend verhaftet und kam als „Staatsfeind" auf die Titelseiten der Lokalzeitungen.

Nachdem sich die BPP unter dem Druck ständiger Razzien, bei denen 36 Parteimitglieder in verschiedenen Städten erschossen worden waren, Anfang der 70er Jahre aufgelöst hatte, widmete sich Abu-Jamal in den folgenden Jahren seiner journalistischen Arbeit bei Zeitungen und Radiosendern, die von Schwarzen geleitet werden. Sein Hauptaugenmerk galt dabei immer der Unterdrückung und Ausbeutung seiner farbigen Landsleute. Mit seiner angriffslustigen und provokativen Feder spießte er all jene konservativen und rassistischen Kräfte auf, in deren Interesse die Beibehaltung der Ungleichheit zwischen Schwarzen und Weißen in den USA liegt. Im ganzen Land wurde er deshalb als „Voice of the Voiceless" bekannt. 1980 wählten ihn seine KollegInnen der „Association of Black Journalists" in Philadelphia zum Präsidenten ihrer Vereinigung.

Mittlerweile hatten ihn aber schon die Vertreter von „Law & Order" im Visier. Als Abu-Jamal 1978 einen Angriff von 600 schwerbewaffneten Polizisten auf ein Haus der öffentlich arbeitenden schwarzen Organisation MOVE in Radiobeiträgen kritisierte und die Verantwortlichen wegen dieser Menschenjagd



Mumia Abu-Jamal 1982 mit seinem Sohn

anprangerte, sprach Bürgermeister Frank Rizzo in einer Pressekonferenz von einer „neuen Ausgeburt des Journalismus", die für die Radikalisierung der Schwarzen verantwortlich sei. Vollends geriet Abu-Jamal ins Fadenkreuz seiner Gegner, als er auch noch die verhafteten MOVE-Mitglieder, die in einem Prozeß zu 30-100 Jahren Gefängnis verurteilt worden waren, interviewte und unzensiert zu Wort kommen ließ. Weiße „Kollegen" schossen sich nun in den Medien auf ihn ein, erklärten ihn zum „MOVE-Sympathisanten" oder gar zum Mitglied der Organisation. Einigen reichte dazu allein schon die Tatsache aus, daß Abu-Jamal wie die MOVE-Mitglieder sein Haar in Dreadlocks trägt.

Verhaftung und Prozeß

Diese an schwarzer Haut, kultureller Andersartigkeit und einer gegen das weiße Establishment gerichteten Gesinnung festgemachte Sippenhaft war im Spiel, als Abu-Jamal in der Nacht des 9. Dezember 1981 in einen Vorfall geriet, wie er in der einen oder anderen Form in den amerikanischen Großstädten immer wieder zum Anlaß für Ghettoaufstände wird: Eine weiße Polizeistreife hielt Schwarze mit Dreadlocks wegen einer angeblichen Verkehrswidrigkeit an, eine lautstarke und schließlich handfeste Auseinandersetzung begann. Abu-Jamal, der sich in der Nähe aufhielt, griff in das Geschehen ein. Der ganze Vorgang, über den es später sehr widersprüchliche Zeugenaussagen geben sollte, endete damit, daß Abu-Jamal durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt wurde und ein Polizist tot auf dem Bürgersteig lag. Niemand außer dem Schwerverletzten wurde verhaftet. Nach Überprüfung seiner Personalien war für die Polizeiführung sehr schnell klar: Nur er kam als Täter für den tödlichen Schuß auf den Polizisten in Frage. Daß bei ihm nie eine Waffe gefunden wurde, spielte dabei keine Rolle.

Entsprechend behandelte man ihn von diesem Moment an: Von den Mißhandlungen nach der Verhaftung bis zu seinem Prozeß im Sommer 1982 ging es nur darum, den schon lange ausgemachten Gegner endlich zum Schweigen zu bringen.

Der Prozeß war geprägt von gravierenden Verletzungen der verfassungsmäßigen Garantien für Angeklagte: Die meiste Zeit war Abu-Jamal vom Prozeß ausgeschlossen und nur durch einen dem Gericht treu ergebenen Pflichtverteidiger vertreten. Der Staatsanwalt verhinderte die Wahl von Schwarzen zu Geschworenen. Es war Abu-Jamal untersagt, sich selbst zu verteidigen, politische Erklärungen abzugeben und sich am Ende mit einem Schlußwort an die Geschworenen zu wenden. Er durfte Zeugen nicht ins Kreuzverhör nehmen, obwohl gerade die sich einander widersprechenden Aussagen über die Person, die geschossen haben soll, genauestens hätten hinterfragt werden müssen. Der Staatsanwalt stützte schließlich sein Plädoyer für die Todesstrafe im wesentlichen auf Abu-Jamals frühere Mitgliedschaft in der Black Panther Party. 1970 schon habe er die Slogans „Alle Macht dem Volk" und „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen" in Artikeln der Parteizeitung zitiert. Damit sei erwiesen, daß er schon seit zwölf Jahren ein potentieller Polizistenmörder sei, der nur auf eine Gelegenheit gewartet habe.

Die möglichen Bedenken der Geschworenen, gegen Abu-Jamal das Todesurteil auszusprechen, zerstreute der Staatsanwalt mit dem Hinweis, der Angeklagte könne gegen das erstinstanzliche Urteil ja „Berufung nach Berufung nach Berufung" einlegen und somit die Vollstreckung verhindern.

Am 3. Juli 1982 wurde Mumia Abu-Jamal wegen Polizistenmordes zum Tode durch den elektrischen Stuhl verurteilt. Seitdem sitzt er unter restriktiven Isolationshaftbedingungen im Todestrakt des Huntingdon-Gefängnisses. Begründet werden die Beschränkungen mit seinem „ungebührlichen Verhalten", das immer wieder Disziplinarstrafen notwendig mache. So weigere er sich, von seiner politischen Überzeugung abzurücken und seine Dreadlocks abschneiden zu lassen.

Todesstrafe in den USA

Über 2200 Gefangene sitzen derzeit in den Todeszellen der US-Gefängnisse, manche seit mehr als zehn Jahren. In der Mehrzahl sind dies junge Gefangene mit dunkler Hautfarbe.

Amnesty International kommt in dem im Frühjahr '89 veröffentlichten Bericht über die Todesstrafe in den USA zu dem Schluß, „daß die Todesstrafe ... willkürlich, rassisch diskriminierend und unfair angewandt wurde und wird". Als „entsetzliche Lotterie" bezeichnet die Organisation „Todesstrafenprozesse von US-amerikanischen Gerichten, da politische und finanzielle Zwänge, öffentlicher Druck und der Gerichtsort möglicherweise mehr als die begangene Straftat darüber entscheiden, ob eine Person in die Todeszelle geschickt wird".

Erst kürzlich hat der Oberste Gerichtshof der USA entschieden, daß auch Jugendliche über 16 und „geistig Minderbemittelte" hingerichtet werden dürfen. Ein Urteil, das in erster Linie schwarze Jugendliche aus dem Drogen- und Bandenkrieg treffen wird, sobald die derzeitige Medienkampagne die öffentliche Akzeptanz dazu hergestellt hat. Aber nach dem Henker wird auch jetzt schon oft gerufen: Erst am 21. Juni '89 ist ein 1981 gegen einen Schwarzen ausgesprochenes Urteil in der Gaskammer vollstreckt worden, nachdem der Verurteilte „Berufung nach Berufung nach Berufung" eingelegt hatte. Allerdings kann ein Gefangener auch schon vor der Ausschöpfung aller Rechtsmittel hingerichtet werden, weil ein anderes Grundsatzurteil des Obersten Gerichtshofes der USA besagt, daß mit der Hinrichtung nicht bis zum Ende aller möglichen Instanzen gewartet werden muß.

Abschaffung der Todesstrafe in den USA! Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

Mumia Abu-Jamal ist nicht der einzige politische Gefangene in den USA. Mit ihm sitzen viele politische AktivistInnen aus dem American Indian Movement, der Schwarzenbewegung, der puertorikanischen Unabhängigkeitsbewegung, aus den Chicano-Mexicano Communities und aus der weißen Linken. Vor allem schwarze Gefangene wie Geronimo „ji Jaga" Pratt, Sundiata Acoli, Dhoruba Bin Wahad Moore u.a. sitzen seit fast zwei Jahrzehnten und kämpfen um Wiederaufnahme ihrer Verfahren, die allesamt im Zuge des COINTELPRO unter zumeist konstruierten Anklagen zu lebenslänglichen Urteilen geführt haben. Der Tatvorwurf lautete bei den meisten blanco „Polizistenmord", doch wurde zu Beginn der 70er Jahre keiner von ihnen zum Tode verurteilt. Solche Urteile hätten in der damaligen politischen Situation zum offenen Aufstand geführt und das durch den Vietnamkrieg angeschlagene Image der USA international weiter verschlechtert. Deshalb war diesen Gefangenen der „soziale Tod" durch lebenslängliches Wegschließen beschieden.

Mit dem Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal ist eine neue Stufe staatlicher Gewalt erreicht. Würde dieses Urteil vollstreckt, so wäre nicht nur ein radikaler Journalist endgültig zum Schweigen gebracht, der sich auch jetzt, aus der Haft heraus, noch mit Artikeln, Kolumnen und Redebeiträgen auf Veranstaltungen zu Wort meldet, sondern es würde zum ersten Mal seit Jahrzehnten ein politischer Gefangener in den USA legal hingerichtet. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse in den USA, insbesondere der sich rapide verschlechternden sozialen Lage der schwarzen Bevölkerung, wäre die Hinrichtung nach diesem von Rechtsbeugung geprägten Prozeß wegweisend für die Unterdrückung oppositioneller Bewegungen in den 90er Jahren. Es wäre eine legalisierte Fortsetzung der Lynchmordpolitik, wie sie gegen aufbegehrende SklavInnen im vergangenen Jahrhundert und die AktivistInnen der Bürgerrechts- und Black Power-Bewegung der Nachkriegsära gerichtet wurde.

Es muß daher die Aufgabe einer internationalen Kampagne sein, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen und das Leben Mumia Abu-Jamals zu retten.

Der jetzt anstehende Schritt der internationalen Kampagne für Mumia Abu-Jamal besteht darin, den Gouverneur von Pennsylvania, Casey, aufzufordern, das Todesurteil nicht zu unterschreiben, sondern aufzuheben. Tausende haben das in den USA bereits getan: die American Civil Liberties Union (ACLU), die National Conference of Black Lawyers, die Grauen Panther, Gewerkschaftsgruppen der Dock- und TransportarbeiterInnen, Kongreßabgeordnete, Leute aus den Medien, Kirchen und verschiedenste Gruppierungen und Individuen aus den schwarzen Communities, um nur einige stellvertretend zu nennen. Auch in Frankreich ist die Kampagne jetzt aufgegriffen worden. Unterschiedliche Organisationen und Individuen der Linken und nordafrikanische ArbeitsemigrantInnen haben ihre Unterschrift unter die Petition an Gouverneur Casey gesetzt.

Amerika Gegeninformationspresse (AGIPA-Press), Eichenberger Str. 53, FRG-2800 Bremen 1, Tel. 0421/354029 (Bürozeiten für Kampagne: Mi 15-18h, Fr 18-21h)

Spendenkonto: Agipa-Press, BfG Bremen, Nr. 1005877600, BLZ 290 101 11, Stichwort: „Abu-Jamal"

Adressen:

Mumia Abu-Jamal, M-8335, Drawer R, Huntingdon, PA 16652, USA

Partisan Defense Committee, P.O. Box 99, Canal Street Station, New York, NY 10013, USA

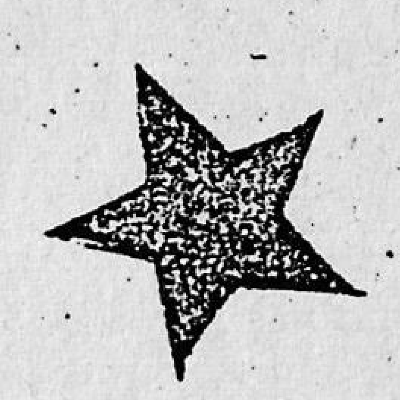
Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Deichmanns Aue 2, 5300 Bonn 1, Tel. 0223/399-1

Governor Robert Casey, Main Capitol Building, Room 225, Harrisburg, PA 17120, USA

AUFRUF

zur







mit Musik und Informationen
vor dem Knast in Tegel

Gleichzeitig findet in der Kirche im Knast ein Sitzstreik statt. Wenig hat sich an der Situation der Gefangenen seit den letzten beiden Aktionen im letzten Jahr geändert. Koalitionsaussage war, Offener Vollzug wird Regelvollzug - nichts ist bisher passiert.

Wir wollen mit der Kundgebung diese Aktion drinnen unterstützen.

Die Gefangenen fordern:

- die öffentlich bereits abgegebenen Lippenbekenntnisse in Taten umzusetzen
- gerechte Entlohnung
- Möglichkeiten zu zwischenmenschlichen Kontakten in besonderen Räumen - nicht nur für Verheiratete
- unzensierte Kontakte
- Aufhebung der Spaltung der sozialen, politischen und BTM-Gefangenen
- freie Kontakte von jedem Gefangenen zu PressevertreterInnen
- Anerkennung der Autonomen Interessenvertretung Haus III/Tegel; auch aller weiteren, die bereits entstanden sind oder hoffentlich bald entstehen.

Im Redebeitrag weiteres.

Sie sitzstreiken drinnen - wir frieren draußen
- bis die Mauern schmelzen

am

Freitag, den 19. Januar '90 um 17.30 Uhr - pünktlich!
Bernauer Straße/Ecke Seidelstraße, U-Bahn Holzhauser Str.

v.i.S.d.P.: C.R. Schmidt, Bismarckstr. 44, 1/12

Vorankündigung: Palästina - Kongreß vom 2.–4. März 1990 in Hamburg

Vom Freitag, den 2. März bis zum Sonntag, den 4. März veranstalten wir in Hamburg einen internationalen Kongreß, auf dem wir uns mit der bisherigen Entwicklung der Intifada, der aktuellen Situation im besetzten Palästina und den Perspektiven einer umfassenden Lösung der Palästina-Frage auseinandersetzen wollen.

ReferentInnen aus Palästina werden über die aktuelle Situation der Intifada informieren, über neue soziale und politische Strukturen in der Intifada, über die Arbeit der Volkskomitees, über die Situation der Kinder, über die Situation der politischen Gefangenen und über die Terrormaßnahmen des israelischen Staates gegen die PalästinenserInnen, wie Mord, Folter, Raub, Häusersprengungen, Vertreibung und Deportation.

Die palästinensischen Frauen organisieren und tragen wesentlich den täglichen Widerstand auf der Straße. Durch ihre Verantwortung für zentrale Aufgaben sind sie dabei, ihre Stellung auch politisch zu festigen. Damit bekommt die Intifada eine soziale Dimension, die Auswirkungen auf die gesamte palästinensische Gesellschaft haben wird. Eine Palästinenserin von den Frauenkomitees wird über die Situation der Frauen in der Intifada und ihren Kampf berichten.

Wir wollen die Perspektive der Intifada und des Kampfes für die fundamentalen Rechte des palästinensischen Volkes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtungen eines unabhängigen Staates unter Führung der PLO diskutieren. Bei dieser Diskussion wollen wir die Situation der PalästinenserInnen im Exil, in den Flüchtlingslagern der arabischen Staaten, wie auch innerhalb des heutigen Israels mit einbeziehen.

Des weiteren wollen wir die Auswirkungen der Intifada auf Israel untersuchen. Von besonderem Interesse ist für uns dabei die Situation der über 700 000 PalästinenserInnen innerhalb Israels. Sie sollen über ihren Kampf um ihre nationale Identität, für ihr Recht auf Selbstbestimmung und für demokratische Rechte gegen die offizielle Apartheidpolitik des israelischen Staates berichten. Darüber hinaus wollen wir die Auswirkungen der Intifada auf die israelische Gesellschaft untersuchen und der Frage nachgehen, ob sich durch den palästinensischen Volksaufstand und den wachsenden Widerstand der PalästinenserInnen innerhalb Israels grundlegende Änderungen abzeichnen. Um diese Frage beantworten zu können, haben wir auch antizionistische Israelis eingeladen, mit denen wir darüber diskutieren wollen, ob und wie weit die Intifada eine Polarisierung in die jüdisch-israelische Gesellschaft hineingetragen hat bzw. wie weit es eine gemeinsame Perspektive für PalästinenserInnen und antizionistische jüdische Israelis geben kann.

In der Solidaritätsbewegung mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes wird nicht nur die Bereitschaft deutlich, für die nationale Unabhängigkeit eines unterdrückten Volkes einzutreten, sondern auch das Interesse für die neuen, durch die Intifada geschaffenen sozialen und politischen Organisationsformen. In dieser neuen Realität zwischen den Menschen liegt eine Orientierung und Hoffnung für viele, die hier in der BRD gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für selbstbestimmtes Leben kämpfen.

Die Solidarität mit der Intifada in der BRD ist aber auch auf starke Widerstände gestoßen, die vor allem in der herrschenden Ideologie der Kollektivschuld und einem Verständnis von „Wiedergutmachung“ begründet liegen, das seit 40 Jahren heißt: ökonomische, politische und ideologische Unterstützung der BRD für den israelischen Staat; Denunziation jeder Kritik an den Verbrechen dieses Staates als Antisemitismus. Die Vertiefung der Solidarität mit dem palästinensischen Kampf setzt in der BRD eine Auseinandersetzung und einen Bruch mit diesen Ideologien voraus.

Wir hoffen, daß die Organisierung der praktischen Solidarität mit der Intifada, die Vorbereitung von Initiativen oder Kampagnen zur Unterstützung des Volksaufstandes, wie z.B. zur Freilassung der politischen Gefangenen, zur Schließung des Internierungslagers Ansar 3, zur Wiedereröffnung der Schulen und Universitäten, für medizinische Hilfe etc., ein wichtiges Ergebnis des Kongresses sein wird. Eine Zusammenarbeit und Koordinierung der Aktivitäten auch über den Kongreß hinaus wollen wir diskutieren und angehen.

Für eine möglichst genaue Auseinandersetzung haben wir eine Reihe von ReferentInnen aus dem besetzten Palästina: der Westbank, dem Ghazastreifen und dem heutigen Israel eingeladen. Außerdem werden VertreterInnen von Gruppen aus verschiedenen europäischen Ländern von uns eingeladen, die in der Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes aktiv sind.

Wir wissen, daß nur durch das Zusammenwirken von Gruppen und Personen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, aus der Arbeit im Stadtteil, den Gewerkschaften, den kirchlichen und politischen Gruppen und Organisationen, eine Kraft entstehen kann, die hier in der BRD eine stärkere Solidarität mit dem palästinensischen Volk entwickelt. In diesem Sinne rufen wir euch alle auf, an dem Kongreß teilnehmen.

Arbeitskreis zur Unterstützung der Intifada:
Arbeitskreis zur Unterstützung der Intifada Hamburg, FreundInnen des palästinensischen Volkes e.V. Hamburg, Autonome Nahost Gruppe Hamburg, Gruppe Arbeiterpolitik Hamburg, Palästina Gruppe Bremen, Autonome Nahost Gruppe Bielefeld, Palästina Arbeitsgruppe JUZI Göttingen, Palästina-Komitee Wuppertal, Palästina Gruppe Westberlin.

Programm

Freitag, den 2. März

18.00 - 22.00 Uhr:	Großveranstaltung als Auftakt zum Kongreß

Samstag, den 3. März

9.00 - 10.00 Uhr:	Anmeldung und Frühstück
10.00 - 13.30 Uhr:	Arbeitsgruppen
13.30 - 15.00 Uhr:	Mittagspause
15.00 - 19.00 Uhr:	Fortsetzung der Arbeitsgruppen
19.00 - 20.00 Uhr:	Pause
20.00 - 23.00 Uhr:	Kulturprogramm

Sonntag, den 4. März

10.00 - 13.00 Uhr:	Plenum, Bericht aus den Arbeitsgruppen, Diskussion
13.30 Uhr:	Pressekonferenz
13.00 - 15.00 Uhr:	Mittagspause
15.00 - 17.00 Uhr:	Abschlußplenum

Organisatorisches

Die Großveranstaltung am Freitagabend wird öffentlich sein. Für den Samstag und Sonntag müssen wir aus organisatorischen Gründen um Voranmeldung bitten. (Mit der Anmeldung muß auch der Kostenbeitrag überwiesen werden (per Scheck oder Überweisung).

Für Essen, Trinken und Schlafplätze wird während des Kongresses gsorgt werden, soweit es in unseren Möglichkeiten steht.

Zur inhaltlichen Vorbereitung wird ein Reader erstellt, der ca. Mitte Januar vorliegen wird. Umfang ca. 100 Seiten DIN A4. Kostenpunkt DM 12,– (Buchläden und Gruppen erhalten 30% Rabatt bei einer Mindestbestellung von 5 Ex.). Der Reader sollte möglichst frühzeitig bestellt werden.

Die Organisierung und Durchführung des Kongresses wird uns eine Menge Geld kosten (Flugkosten, Unterbringung, Porto, Telefon etc.). Wir müssen daher für die Veranstaltung und für den Kongreß Eintritt nehmen, um einen Teil der Kosten zu decken. Der Überschuß aus dem Verkauf des Readers wird ebenfalls zur Deckung der Kosten benutzt.

Eintritt für die Veranstaltung am Freitagabend:	DM 5,-
Beitrag für den Kongreß (Samstag und Sonntag):	DM 20,-
Ermäßigter Beitrag:	DM 10,-
Für die, die mehr beitragen können:	DM 40,-

Zusätzliche Spenden zur Finanzierung des Kongresses sind trotzdem notwendig und herzlich willkommen.

Kontakt:

FreundInnen des palästinensischen Volkes e.V.
Postfach 304145
2000 Hamburg 36
Fon: 040/8503906 Di+Do 16-19 Uhr, Fax: 040/3193939

Konto:

FreundInnen des palästinensischen Volkes e.V.
Vereins- und Westbank Hamburg
BLZ 200 300 00, Konto 33/08582
Stichwort: Palästina Kongreß



"Aufstand der Steine", für ein selbstbestimmtes Palästina.
Das israelische Militär schlägt brutal zu.
Jedes Jahr gibt es Hunderte von Toten.
Häuser der Bevölkerung werden niedergerissen.
Tränengasangriffe auf Dörfer zur Unterdrückung eines ganzen Volkes. Maschinengewehre, Gummigeschosse, Folter und Konzentrationslager gegen DemonstrantInnen und StreikerInnen.
Legitimiert werden die Morde u.a. durch die BRD und die USA,
die immer und überall auf Seiten der Unterdrücker stehen.

DIE INTIFADA LÄSST SICH NICHT BESIEGEN !!!!!!!!
SOLIDARITÄT MIT DEM PALÄSTINENSICHEN VOLK!!!!!!
BOYKOTTIERT ISRAEL!!!!!!!!

Einführungsvortrag von der Alnjda-Gruppe,
Video : "Aufstand der Steine"
Falafel, Salat, Airan mit Knoblauch,
arab. Kaffee und Überaschungen.

Überschüsse gehen an die INTFADA !!

DEMOVORBEREITUNGS-PAPIER

AKARSU

Gesundheit, Bewegung und
Berufsvorbereitung
für immigrierte Frauen e.V.

AKARSU
Oranienstraße 25, 1000 Berlin 36

Telefon: (030) 6147031

Die Wahlen vor der Tür:
Statt Gleichberechtigung schärferes Ausländergesetz.

Die Erwartungen, daß die Ausländergsgesetze und -erlasse abgeschafft werden, daß die Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben, gleichberechtigt behandelt werden, hat sich nicht verwirklicht.
Ganz im Gegenteil, für die Regierenden ist jetzt, vor den Wahlen, die günstigste Zeit, Ihre Ausgrenzungspolitik mit einem schäferen Ausländergesetz in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Wiedervereinigung und nationale Parolen bei fast allen Parteien sind wieder salonfähig. DEUTSCH SEIN IST WIEDER INN.
Daß Menschen mit anderen Pässen dabei regelrecht von den Regierenden zu deren eigenen Vorteil und zum Nationalismus ausgenützt werden, ist an der Tagesordnung. Je größer die nationalistischen Aussagen der Parteien sind, desto größer sind dabei die Chancen, an die Macht zu kommen.
Was für ein gefundenes Fressen, daß die Mauer durchlässig geworden ist! Die Euphorie der Reformbewegungen in der DDR wird für nationalistische Gefühle ausgenutzt. Die ökonomische Schwäche der DDR ist eine höchst willkommene Gelegenheit für die deutsche Wirtschaft.
Die Medien spielen ordentlich mit. Es wird nicht einmal erwähnt, auf wessen Kosten der Wohlstand im Westen aufgebaut ist. Die teilnehmenden Damen und Herren der Diskussionsrunden in den Medien wissen immer besser als die DDR selbst, wie diese aus der Wirtschaftsmisere am besten herauskommt. Die deutsche Wirtschaft stellt Bedingungen ohne die tatsächlichen Bedürfnisse der DDR BürgerInnen zu berücksichtigen. Statt wirkliche wirtschaftliche Hilfe zu leisten, damit die DDR einen neuen Anfang machen kann, werden nationalistische Gefühle hochgeputscht.
Der Export von Waffen, U-Booten und chemischen Giftgasen wird weiterhin von der BRD geduldet. Zum Wohle der deutschen Wirtschaft, die mit der Arbeitsplatzsicherung argumentiert.
Die deutsche Wirtschaft weiß genau, wie man die armen Länder bis auf die Knochen ausnützen kann. Trotz des Grundgesetz Artikels 16, bleiben die Türen der wohlhabenden Deutschen Gesellschaft den Flüchtlingen aus Kriegsgebieten, den politisch Verfolgten und den Hungerleidenden verschlossen.
Als 1986 die Flüchtlinge in der BRD Zuflucht suchten, war Deutschland angeblich schon "überflutet und überschwemmt". Für die Deutschstämmigen aus den Ostblockländern und den Deutschen aus der DDR standen jedoch plötzlich Gelder und Wohnraum zur Verfügung.
Woher kommt die Ungleichbehandlung von Menschen?
Wir fordern, daß die Menschen mit dunkler Haut, und ohne deutschen Paß genauso behandelt werden, wie die Deutschstämmigen. Es wird in den Medien nicht erwähnt, unter welchen Bedingungen die Flüchtlinge in den Flüchtlingslager leben müssen. Es wird weiterhin nicht erwähnt, daß die Flüchtlinge 5 Jahre Arbeitsverbot haben und, daß sie wie viert- und fünftklassige Menschen behandelt werden.

Die ArbeitsimmigrantInnen die einmal höchst willkommen für die deutsche Wirtschaft waren, sind jetzt überflüssig.
Was für eine Demokratie herrscht im Westen, wenn 4.5 Mill. Menschen, die ein Teil dieser Gesellschaft geworden sind, nicht demokratisch mitbestimmen können?

Statt, daß die BRD die DDR bevormundet und vorschreibt wie die Demokratie dort sein soll, muß sie sie erst im eigenen Land verwirklichen.
Statt das friedliche Zusammenleben zu fördern werden die Menschen, die hier am wenigsten Rechte haben, zu Sündenböcken gemacht. Der Nationalismus wird immer mit der Propaganda "Ausländer raus" und mit Rassismus in Verbindung gebracht.
Wir lassen es nicht mehr zu, daß auf unsere Kosten nationalistische Politik gemacht wird.
Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Ausgrenzungspolitik zu ändern, und umgehend die Ausländergesetze aufzuheben.
WIR SIND AUCH DAS VOLK!

Unsere Forderungen an die Ost- und Westregierungen sind:

1. GLEICHBERECHTIGUNG FUR ALLE MENSCHEN.
2. Eigenständiges Aufenthalts- und Arbeitsrecht für immigrierte Frauen.
3. Gleiche Rechte auf dem Arbeitsmarkt.
4. Verabschiedung der Antidiskrimminierungsgesetze bei der Wohnungs- und Arbeitssuche etc.
5. Quotierung aller freiwerdenden Arbeitsplätze nach prozentualem Anteil der ImmigrantInnen.
6. Mindesteinkommen für ImmigrantInnen.
7. Keine Abschiebung für SozialhilfeempfängerInnen.
8. Gleichbehandlung für alle Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern.
9. Aufhebung des Arbeitsverbots für Flüchtlinge.
10. Beibehaltung des Asylrechtes.
11. Keine Abschiebung bei den abgelehnten AsylbewerberInnen.
12. Annerkennung der geschlechtsspezifischen Verfolgung.
13. Aufklärungsarbeit zwischen ethnischen Minderheiten und Deutschen über die jeweilige Kultur und Lebensweise.
14. Amt für Antirassismus und Gleichberechtigung.
15. Finanzielle und räumliche Unterstüzung für Selbstbestimung der ImmigrantInnen.
16. doppelte Staatsangehörigkeit.
17. WAHLRECHT FUR ALLE!

AKARSU e.V.
Oranienstraße 25
1000 Berlin 36
☎ 030/614 70 31

J. Celebi-Gottschlich

Donnerstag 18.1.

17.00 "Schaddt die Armee ab". Eine Nachbetrachtung zur Initiative der Schweiz und deren Volksabstimmung Im El Locco

19.00 "Auch Zwerge haben klein angefangen" Film von Werner Herzog 1970 Im El Locco

21.00 "Alle Macht den Räten", BRD 1969, im El Locco

Freitag 19.1.

19.00 "Über 2 Jahre Intifada" Veranstaltung in der Nostizstr.49 (s.Flugi in diesem Heft)

20.00 Wiedereröffnung des EX

17.30 Knastkundgebung in Tegel (s. Flugi in diesem Heft)

Samstag 20.1

12.00 Shell-Tankstellenblockade am Reichpietschufer (am Flohmarkt)

14.30 Demonstration gegen Wohnungsnot Treff: Wittenbergplatz (s. Flugi im Heft)

21.00 Schlehmil-Kiez-Party in der SFE, Gneisenaustr.2a

Sonntag 21.1.

19.00 Treffen der Repressionsbetroffenen der Sylterstraße im Cafe Vamos Marchstraße/Einsteinufer

Montag 21.1.

21.00 Mauerrisse Knastfunk auf UKW 103,4 Themen: Streik in Tegel, kleine Anfrage der AL zu Tegel und Moabit, Frauenhändler-Prozeß, Häuserkampf und Wohnungsnot

Mittwoch 23.1

20.00 Die neuen Strategien der Atommafia:"Europäisierung der Atomindustrie" im Ökodorf, Kurfürstenstr. 14

Donnerstag 24.1.

9.00 IWF-Prozeß, Anklage: Schwere und einfache Körperverletzung, Widerstand mit 4 Ex-EbLTlern als Zeugen im Raum 707, Wilsnackerstr.4

18.30 Lange "Mauer-Filmnacht" im A-Laden Rathenowerstr.22 mit "Die Mauer", "Meier" und "The Wall"

Was noch?

Samstag 20.1 und Sonntag 21.1 1. Bundesweites feministisches Antifa-Treffen in Bonn (s.INTERIM 82)

Samstag 20.1 und Sonntag 21.1 Offenes Vorbereitungstreffen für den Kongreß der Radikalen Linken in Köln

18.1.-21.1 Wegen eines großen Fußballturniers in Ostberlin wird in der Kvu, der Umwelbibliothek und den besetzten Häusern mit Übergriffen von Faschos gerechnet

Ständige Termine:

donnerstags

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden Rathenowerstr. 22

20.00 Volxküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29

freitags

15.00-20.00 neue Öffnungszeit des Infoladen Lunte, Weisestr.53

21.00- 3.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrums "Kirche von unten" Elisabethkirchstr.21 in Ostberlin

21.00 ab sofort hat die Schwemme nur noch freitags auf. Der Überschuß geht weiterhin in die Knastkasse.

samstags

Frauentag und ab 18.00 Frauenkiezcafe im Infoladen Lunte, Weisestr53

15.00-20.00 Frauencafe im Rat&Tat, Liebenwalderstr.16 (jeden 1.und 3. samstag im Monat)

16.00-20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99 Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse...

sonntags

13.00-17.00 Frauentag in der M 99 Manteuffelstr. 99

14.00-18.00 ArbeiterInnenversammlung im Mehringhof, Blauer Salon. Thema im Januar: Zur Lage in der DDR, Augenzeugenberichte und pol. Thesen (jeden 3. Sonntag im Monat)

14.00 Neuköllner Kiezküche im Syndikat, Weisestr. 56

16.00 Frauenkiezcafe in der Falckensteinstr.56. Kinder sind erwünscht

18.00 Kiezküche im Anfall Gneisenaustr. 64

20.00 Film im EX, Gneisenaustr. 2a

montags

18.00-20.00 Antifajugendcafe in der Lunte, Weisestr.53, der Infoladen hat von 15.00-20.00 geöffnet

19.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfetreffen im Heilehaus, Waldemarstr. 36

20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr.29

dienstags

19.00 Gruppentermin der FAU im A-Laden, Rathenowerstr. 22

20.00 Film &&& im besetzten Infocafe in der Lübbenerstr.29

mittwochs

15.00-20.00 MieterInnencafe in der Lunte, Weisestr.53

17.00 "Strafvollzug in der Brd und Westberlin", Autonomes Seminar in der Rostlaube, FU

19.00-21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus Waldemarstr. 36

19.00-24.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrums "Kirche von unten", Elisabethkirchstr.21, Ostberlin

20.00 Antifa-Kneipe im Falkeladen Falckensteinstr. 46 (jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat)

Regelmäßiger Termin

Alles verändert sich, aber selbst die Umstrukturierung macht manchmal halblang:
DIE SCHWEMME gibt's auch 1990, jeden Freitag ab 21 Uhr im FALKELADEN (donnerstags nicht mehr). Und nicht vergessen, weil es das so selten gibt: NO-PROFIT, immer noch für die Knastkasse.



WER SHELL TANKT,

TANKT APARTHEID & GENTECHNOLOGIE!



TANKSTELLEN BLOCKADE

SHELL-TANKSTELLE REICHSPIETSCHUFER/FLOHMARKT

Sa. 20.1.90, 12 Uhr

SHELL RAUS AUS SÜDAFRIKA!

ConspiDesign.